Die Linke
Kreisverband
Kassel-Land

Kümmern statt Kürzen

Wahlprogramm zur Kommunalwahl
am 15. März 2026 im **Landkreis Kassel**

Die Linke wählen: Weil gutes Leben vor Ort beginnt

Die Linke wählen: Weil gutes Leben vor Ort beginnt

Wir leben in einer Zeit voller Krisen und Veränderungen. Weltweit, in Deutschland und auch hier bei uns. Viele Menschen spüren Unsicherheit, hohe Preise, die Folgen von Aufrüstung und Kriegsangst, die Klimakrise und den Druck im Alltag. Die Angst vor einem aufsteigenden Faschismus wächst. Die Menschen erwarten zu Recht, dass die Grundrechte aller geschützt werden und dass soziale Gerechtigkeit Vorrang hat.

Viele dieser Entscheidungen werden auf Bundes- oder Landesebene getroffen.

Dieses Programm bezieht sich auf das, was wir hier vor Ort verändern oder anstoßen können, durch konkrete Beschlüsse und durch klare politische Signale. Politik vor Ort kann keine Weltpolitik machen, aber sie kann ihre Aufgabe ernst nehmen, dass niemand allein gelassen wird.

Wir bieten kostenlose Sozialsprechstunden an, hören zu, helfen konkret und organisieren Hoffnung. Gemeinsam mit vielen Engagierten bauen wir Strukturen auf, die Menschen in schwierigen Zeiten stärken. Denn uns ist wichtig, dass Politik für alle da ist. Darum denken wir bei jedem Thema inklusiv.

Nicht nur fordern, sondern handeln - wir machen Politik für alle. Wir wollen eine Gesellschaft, in der niemand vergessen wird, egal ob arm, alt, behindert, geflüchtet, queer oder einfach müde vom täglichen Kampf. Wer besondere Unterstützung oder Rahmenbedingungen braucht, findet sie in den Kapiteln wieder, konkret und als Teil des Ganzen.

Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz sind für uns untrennbar miteinander verbunden. Öffentliche Aufgaben dürfen nicht dem Profit überlassen werden, sondern müssen dem Gemeinwohl dienen.
Wir laden dazu ein, dieses Programm zu lesen und sich selbst zu überzeugen, dass Politik solidarisch, gerecht und menschlich sein kann.

Die Kandidierenden auf den ersten zehn Plätzen der Kreistagsliste

Inhaltsverzeichnis

Die Linke wählen: Weil gutes Leben vor Ort beginnt 2

Mobilität und Infrastruktur 4
- Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik 4
- Gesundheit ist keine Ware 6
- Beste Bildung ermöglichen 10
- Sicherheit beginnt mit sozialer Gerechtigkeit 14
- Den ländlichen Raum vernetzen - Digitale Chancen nutzen 20
- Landebahn für rote Zahlen - Ausstieg aus der Flughafen GmbH Kassel 22

Wohnen und Leben im Landkreis 23
- Lebenswerte Orte 23
- Wohnen ist Menschenrecht 27
- Ehrenamt - solidarisch, vielfältig und menschlich 29
- Mehr Raum für Sport, Spiel und Begegnung 29
- Für eine Kultur für alle 30

Klima, Umwelt und Wirtschaft 32
- Für eine klimagerechte Wirtschaft und konsequenten Klimaschutz im Landkreis 32
- Unsere Verantwortung für eine solidarische Wirtschaft 36
- Solidarisch finanzieren, gerecht gestalten - Schluss mit Sparzwang von oben 40

Demokratie, Frieden und Solidarität 40
- Antifaschismus ist Verantwortung und Solidarität 40
- Friedenspolitik beginnt vor Ort 46
- Mehr direkte Demokratie vor Ort 47

Liebe Genoss*innen,
mit diesem Kommunalwahlprogramm haben wir gemeinsam etwas Besonderes geschaffen. Es ist das Ergebnis vieler engagierter Stunden, intensiver Diskussionen und kreativer Ideen. Ihr habt in zahlreichen Sitzungen eure Zeit, eure Gedanken und eure Leidenschaft eingebracht und damit dafür gesorgt, dass wir das beste Wahlprogramm für unseren Landkreis Kassel vorlegen können. Dieses Programm wird die Richtschnur für die politische Arbeit der Landkreisfraktion sein.
Euer Einsatz zeigt, was uns als LINKE ausmacht: Solidarität, Zusammenhalt und der Wille, gemeinsam für eine gerechte Zukunft einzutreten. Dafür sagen wir von Herzen Danke! Ohne euch wäre dieses Programm nicht das, was es heute ist – ein starkes Fundament für unsere Politik vor Ort. Lasst uns diesen Weg gemeinsam weitergehen – für soziale Gerechtigkeit, für Demokratie und für einen solidarischen Landkreis Kassel.

Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik

Mobilität muss ein Grundrecht sein! Unsere Gemeinden und Dörfer bieten längst nicht mehr alles, was es für ein gutes Leben braucht. Für Einkäufe, den Arbeitsweg, Arztbesuche, den Besuch bei Freunden oder die Freizeitgestaltung sind wir auf Mobilität angewiesen. Zu lange ist die Verkehrsplanung im Landkreis ausschließlich auf das Auto ausgerichtet. Das hat zu breiteren Straßen, mehr Verkehr, mehr Schadstoffen und mehr Lärm geführt. Diese Verkehrs- und Siedlungspolitik hat den Zwang zum Auto verschärft. Doch wie lange können wir uns das Autofahren noch leisten? Die Linke steht daher für eine Verkehrswende, die das Leben auf dem Land auch ohne eigenes Auto möglich macht. Autos werden im ländlichen Raum zwar weiterhin eine Rolle spielen, doch die Frage ist, ob wirklich jede:r ein eigenes Auto braucht. Deshalb setzen wir uns für CarSharing-Angebote, Nachbarschaftliche Auto-Sharing-Gruppen und sogenannte Mitfahrbänke ein. Diese Maßnahmen helfen den Individualverkehr zu reduzieren und die Gemeinschaft zu fördern.

Mit dieser Verkehrspolitik wollen wir Alternativen zum motorisierten Individualverkehr stärken und Impulse für einen Umstieg setzen. Dazu braucht es im Landkreis keinen Flughafen oder Autobahnausbau.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) - einfach einsteigen

Die Linke steht für einen gebührenfreien ÖPNV, bis dahin fordern wir bezahlbare Tickets. Wir setzen uns für einen schnelleren Ausbau des ÖPNV ein. Alle Menschen, ob in Stadt, Gemeinde oder Dorf, brauchen eine verlässliche und umweltfreundliche Mobilität, die regelmäßig verfügbar ist und allen Altersgruppen und Bedürfnissen gerecht wird. Nur durch gute Erreichbarkeit wird der Umstieg auf den ÖPNV möglich.

Damit du auch ohne Auto und Geldsorgen mobil bist:

- **Setzen wir uns für einen Taktverkehr mit guten Umstiegssituationen ein.**
- **Braucht es Querverbindungen zwischen den Orten, also nicht alle Strecken sternförmig auf Kassel ausrichten, sondern ringförmige Strecken verbinden auch Gemeinden, die an unterschiedlichen Hauptstrecken liegen.**
- **Müssen die unterschiedlichen Verkehrsmittel besser vernetzt werden. Zum Beispiel soll es überdachte und abschließbare Unterstellmöglichkeiten für Fahrräder geben.**
- **Soll die gesamte Schülerschaft grundsätzlich das Hessische Schülerticket Hessen erhalten.**
- **Setzen wir uns für die Reaktivierung der stillgelegten Bahnstrecken und Bahnhöfen ein.**
- **Werden ergänzende Systeme, wie Anrufsammeltaxen (AST), Rufbusse und der Aufbau von Car-Sharing-Netzen kreisweit gestärkt.**

Mit dem Fahrrad auf die Überholspur

Auch wenn der Landkreis Kassel weite Wege hat, stellt das Fahrrad in vielen Fällen eine günstige und ökologische Alternative zum motorisierten Individualverkehr dar. Grundlage einer guten Radinfrastruktur setzt sichere und vom sonstigen Verkehr getrennte Wege voraus. Als Folge der jahrzehntelangen autogerechten Stadt- und Mobilitätsgestaltung verfügt jedoch der Radverkehr auch im Landkreis Kassel nicht über ausreichende Flächen im Straßenraum.

Damit du dich auf sichere Wege verlassen kannst:

- **Fordern wir, dass überall dort, wo der Landkreis Straßen saniert, auch gleichzeitig ein echter Radweg entsteht.**
- **Sollen Rad Schnellstrecken direkt bis in die Kasseler Innenstadt gebaut werden. Diese Strecken müssen weitestgehend kreuzungsfrei und als separate Fahrspur geführt sein.**
- **Wollen wir die Nahmobilität durch Fahrradleihsysteme, die in das Nahverkehrsticket integriert sind ergänzen.**

Gut zu Fuß – Straße neu denken

Wenn von Straße gesprochen wird, ist oft nur Fahrbahn gemeint. Teile der Straße sind aber auch Geh- und Radwege. Der Platz ist meist sehr ungleich verteilt: Von einer 10 Meter breiten Stadtstraße sind oft 8 Meter Fahrzeugen und ruhendem Verkehr vorbehalten. Für alle und alles andere sollen die Reststreifen an den Rändern reichen, aber auch sie sind teils zugeparkt und befahren. Es gibt vielfältige Ansprüche an Straßen – verkehrliche, wirtschaftliche, soziale, ökologische und mehr. Das Fahren und Abstellen von Autos sind nur zwei von vielen Wünschen und oft nicht die dringendsten. Deshalb wird Die Linke die Bedürfnisse der Menschen vor Ort immer gegen Bedürfnisse des Durchfahrens abwägen.

Damit du Wege statt Verkehr siehst:

- **Müssen Gehwege, wenn möglich durchgängig 2,5 Meter breit ausgebaut werden. Nur so können Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und Personen mit Kinderwagen uneingeschränkt die Wege nutzen.**
- **Sollen besonders in den Ortsdurchfahrten ausreichende Möglichkeiten zur Fahrbahnquerung entstehen. Ampeln, Zebrastreifen und Mittelinseln erleichtern es, die Straße sicher zu überqueren.**
- **Außerdem soll Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften eingeführt werden. Ausnahmen kann es für Hauptverkehrsstraßen geben.**
- **Wollen wir in Wohngebieten verkehrsberuhigte Bereiche schaffen, in denen nicht mehr das Auto im Mittelpunkt steht. Hier müssen sich alle nach den Schwächsten (z.B. spielende Kinder) richten.**
- **Müssen bauliche und physische Barrieren abgebaut werden. Wichtige Themen sind zum Beispiel abgesenkte Bordsteine, Rampen statt Treppen und Leitsysteme für Menschen mit Sehbehinderungen.**
- **Außerdem dürfen durch dunkle Straßen und Plätze keine Angsträume entstehen.**

Gesundheit ist keine Ware

Niemand darf krank bleiben, weil sich jemand daran bereichern will! Sie darf nicht vom Profitstreben privater Konzerne abhängen, sondern muss öffentlich organisiert, solidarisch finanziert und für alle Menschen zugänglich sein.

Wir setzen uns für eine wohnortnahe, gemeinwohlorientierte Gesundheitsversorgung ein, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und niemanden ausschließt.

Kreiskliniken erhalten

Die Kreiskliniken in Wolfhagen und Hofgeismar stehen unter massivem Druck. Fachkräftemangel, unzureichende Finanzierung durch Bund und Land gefährden ihre Existenz. Der Landkreis entzieht sich als Träger seiner Verantwortung. Wir sagen klar: Die Kreiskliniken müssen erhalten bleiben!

Eine flächendeckende stationäre Versorgung ist unverzichtbar

Damit du auf unsere Kreiskliniken zählen kannst:

- **Fordern wir den Erhalt und die Stärkung der Kreiskliniken in öffentlicher Hand.**
- **Gleichzeitig machen wir deutlich: Keine Privatisierungen, wichtige Entscheidungen müssen Sache des Kreistages bleiben.**
- **Stellen wir den Wiederaufbau, wohnortnaher Geburtshilfe und Kinderstationen sicher und ermöglichen eine flächendeckende Hebammenversorgung.**
- **Braucht es Kooperationen mit gemeinnützigen Trägern, sofern demokratische Kontrolle gewährleistet bleibt.**

Starke Hausarztpraxen – damit Hilfe erreichbar ist

Hausarztpraxen müssen flächendeckend gestärkt werden, damit sie verantwortungsvoll für die Menschen da sein können. Der Mangel an Haus- und Fachärzteschaft trifft besonders unsere Dörfer und Kleinstädte. Viele Praxen bleiben unbesetzt, weil eine Nachfolge fehlt.

Damit deine Praxis vor Ort bleibt:

- **Stärken wir Kommunale Gesundheitszentren, mit angestelltem ärztlichem Personal, ergänzt durch diverse Gesundheitsberufe.**
- **Fordern wir den Ausbau Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) unter Beteiligung des Landkreises.**
- **Setzen wir uns dafür ein, dass der Landkreis künftig eine Mehrheit in der MVZ-Gesellschaft hat.**
- **Setzen wir uns für Förderprogramme und attraktive Arbeitsbedingungen für medizinisches Personal ein.**
- **Braucht es die Sicherstellung von barrierearmem Zugang und einer guten ÖPNV-Anbindung an Praxen und Kliniken.**

Für eine starke ambulante und präventive Versorgung

Gesundheitsversorgung darf sich nicht allein auf Krankenhäuser und Arztpraxen beschränken. Prävention und Unterstützung im Alltag sind ebenso wichtig. Dazu gehören der Ausbau von präventiven Angeboten wie Bewegungs- und Ernährungsprogrammen, Gesundheitsförderung in Schulen und Kitas sowie psychosoziale Unterstützung. Auch die Gesundheitsämter müssen durch mehr Personal gestärkt werden, um Krisen wirksam begegnen zu können. Gerade im ländlichen Raum braucht es mobile Versorgungsangebote, damit niemand wegen langer Wege auf medizinische Hilfe verzichten muss.

Pflege mit Zukunft – gut bezahlt, gut gemacht

Gute Pflege und Gesundheitsversorgung sind nur mit ausreichend und fair bezahlten Fachkräften möglich. Viele Einrichtungen leiden unter Personalmangel, Überlastung und unsicheren Verträgen. Das gefährdet die Qualität der Versorgung.

Wir sind auf gut ausgebildete Fachkräfte im Gesundheitswesen angewiesen. Egal ob sie hier, in einem anderen Bundesland oder im Ausland ausgebildet wurden, ihre Qualifikationen müssen schnell anerkannt werden und sie brauchen sichere Perspektiven und Förderung, damit sie bleiben können.

Der Landkreis muss in seinen Einrichtungen für unbefristete Arbeitsverträge, verlässliche Dienstpläne und faire Bezahlung sorgen. Gleichzeitig unterstützen wir die Beschäftigten und Gewerkschaften in ihren Forderungen nach besseren Löhnen, verbindlichen Personalstandards und einer Ausbildungsoffensive. Ausgebildete Pflegefachkräfte sollen sach- und fachgerecht für ihre pflegerischen Tätigkeiten eingesetzt werden, nicht AvD spielen. Schluss mit Outsourcing, Personalabbau und Leiharbeit im Gesundheitsbereich.

Psychische Gesundheit gehört zur Grundversorgung

Psychische Erkrankungen gehören zu den häufigsten Krankheitsbildern, doch die Versorgung ist unzureichend. Besonders im ländlichen Raum belasten lange Wartezeiten, fehlende Therapieplätze und mangelnde Krisendienste viele Menschen. Wer Hilfe sucht, stößt oft auf monatelange Wartezeiten oder lange Wege, gerade in Krisen eine unhaltbare Situation.

Damit du in seelischer Not nicht allein bist:

- **Setzen wir uns für den Ausbau von niedrigschwelligen Beratungsstellen und wohnortnahen Therapieangeboten ein.**
- **Fordern wir die Einführung und Förderung stationsäquivalenter Behandlung (STÄB) im Landkreis, damit Menschen in Krisen auch zuhause versorgt werden können.**
- **Braucht es eine bessere Vernetzung mit Sozialpsychiatrischen Diensten und Selbsthilfeinitiativen, um schnelle**

Selbstbestimmt leben – frei von Zwang und Stigma

Gesundheit bedeutet auch körperliche Selbstbestimmung. Alle Menschen müssen frei über medizinische Behandlungen, Verhütung und Sexualität entscheiden können, ohne Hürden, Zwang oder Stigmatisierung. Dafür braucht es diskriminierungsfreie Beratung, Zugang zu Informationen und eine sichere Versorgung vor Ort.

Damit du selbstbestimmt leben kannst:

- Fordern wir kostenlose Menstruationsprodukte in Schulen, Jugendzentren und öffentlichen Einrichtungen.
- Braucht es mehrsprachige, diskriminierungsfreie Aufklärung zu Verhütung, Schwangerschaft und sexueller Gesundheit.
- Unterstützen wir die Förderung von Beratungsstellen und Hebammen
- Setzen wir uns für vertrauliche medizinische Hilfe für Menschen ohne Papiere ein.
- Wollen wir die Entstigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Unterstützung der betroffenen Ärzteschaft.
- Fordern wir Schutzräume und bevorzugten Zugang zu Wohnraum für Schwangere in Not.
- Wollen wir Queere Elternschaft sichtbar machen, indem Angebote und Öffentlichkeitsarbeit auf Vielfalt der Familien ausgerichtet werden.

Gemeindepflege: Nähe schafft Gesundheit

Gemeindepflegekräfte schließen Lücken zwischen medizinischer, pflegerischer und sozialer Versorgung. Sie beraten, koordinieren Hilfen, unterstützen bei Krankheit und Behinderung, begleiten psychosozial und beugen Vereinsamung vor. So ermöglichen sie ein selbstbestimmtes Leben in allen Lebenslagen.

Der Landkreis soll Fördermittel nutzen und Gemeindepflege flächendeckend aufbauen. Entstehen müssen Anlaufstellen, die Hilfen bündeln und Angehörige entlasten. Da die Landesförderung Ende 2026 ausläuft, setzen wir uns für eine dauerhafte Finanzierung ein.

Damit du dich auf Unterstützung vor Ort verlassen kannst:

- **Fordern wir die Einführung und den Ausbau einer Gemeindepflege im Landkreis.**
- **Wollen wir den Zugang für alle Menschen mit Unterstützungsbedarf sichern.**
- **Braucht es eine bessere Vernetzung der vorhandenen Hilfen und Angebote.**
- **Setzen wir uns dafür ein, dass die Finanzierung über 2026 hinaus garantiert wird.**

Gemeinsam stark – Vielfalt ist unsere Stärke

Inklusion ist ein Schlüssel für eine sozial gerechte Gesellschaft. Damit sie gelingt, müssen bestehende Systeme angepasst werden. Alltagsbegleitende Personen brauchen regelmäßige Schulungen und fachliche Supervision. Nur so können sie Menschen mit Behinderung in Schulen, Kindertagesstätten, Wohneinrichtungen, Werkstätten oder im Alltag wirksam unterstützen und Teilhabe in allen Lebensbereichen sichern.

Der Landkreis kann Inklusion fördern, indem er Schulträger, Einrichtungen und Vereine finanziell und organisatorisch unterstützt und Fachpersonal regelmäßig fortbildet.

Damit deine Teilhabe selbstverständlich ist:

- **Braucht es regelmäßige Schulungen für alltagsbegleitende Personen.**
- **Wollen wir fachliche Supervision als Standard sichern.**
- **Fördern wir konsequent Inklusion in Schule, Wohnen, Arbeit und Freizeit.**

Beste Bildung ermöglichen

Bildung ist ein lebenslanger Prozess. Bei Kindern legt die Bildung eine wichtige Grundlage für das Verständnis der Welt und der beruflichen Entwicklung. Bildungseinrichtungen, gleich ob Kita, Schule, Hochschule, Universität oder Volkshochschule, müssen so konzipiert und ausgestattet sein, dass allen Menschen die bestmögliche Bildung ermöglicht wird. Erfolgreiches Lernen und Schulabschlüsse dürfen nicht vom häuslichen Umfeld und schon gar nicht vom Geldbeutel der Familien abhängig sein. Der Landkreis trägt unter anderem Verantwortung für die Ausstattung der Schulen. Er muss sicherstellen, dass Gebäude, Ausstattung und Angebote barrierearm, inklusiv und an den Bedürfnissen der Lernenden orientiert sind.Die Menschen sollen immer mehr arbeiten, aber die Kinderbetreuung ist vielfach weder flächendeckend noch für alle bezahlbar.

Vorschulische Bildung

Frühe Bildung ist die Grundlage für gleiche Chancen. Damit Kinder gut ins Leben starten können und Eltern Familie und Beruf vereinbaren können, braucht es ausreichend Betreuungsplätze. Wir setzen uns für den flächendeckenden, wohnortnahen Ausbau kostenfreier Angebote ein, für Kinder unter drei Jahren in Krippen und Tagespflege genauso wie für Kinder im Kita-Alter. Jedes Kind soll unabhängig vom Einkommen der Erziehungsberechtigten einen Platz erhalten.

Qualität und Personal

Gute Betreuung braucht mehr qualifiziertes Personal, bessere Ausbildungsförderung sowie den Ausbau praxisintegrierter Ausbildung und Kooperationen mit Fachschulen. Fort- und Weiterbildungen müssen verbindlich, kostenfrei und zeitlich abgesichert sein. Fachberatung und Supervision sollen systematisch gestärkt werden, damit Fachkräfte langfristig im Beruf bleiben können.

Chancengleichheit und Inklusion

Wir wollen, dass alle Kinder gleiche Chancen haben. Deshalb brauchen wir barrierearme Einrichtungen, inklusive Konzepte und gezielte Förderung bei Sprache, Bewegung, Gesundheit oder Wahrnehmung. Gendersensible Pädagogik muss verbindlicher Bestandteil sein. Ein guter Start ins Leben darf nicht vom Geldbeutel oder vom Wohnort abhängen. Frühkindliche Bildung entscheidet darüber, ob Kinder gleiche Chancen haben und Familien entlastet werden. Heute stehen viele Erziehungs- und Sorgeberechtigte unter Druck. Sie sollen mehr arbeiten und gleichzeitig fehlen sichere und verlässliche Betreuungsangebote. Das verschärft soziale Ungleichheit und gefährdet die Entwicklung der Kinder. Damit beides gelingt, gute Arbeit für die Eltern und gute Betreuung für die Kinder, braucht es genügend Plätze, qualifiziertes Personal und eine Umgebung, die Kinder fördert statt überfordert.

Alltag und Umgebung

Eine gute Kita sorgt nicht nur für Betreuung, sondern auch für das körperliche Wohlbefinden der Kinder. Wir setzen uns dafür ein, dass jede Einrichtung ein gesundes und kostenfreies Mittagessen anbietet. Ebenso sollen die Räume so gestaltet sein, dass Lärm reduziert wird und ein gutes Raumklima für Kinder und Beschäftigte entsteht.

Demokratie und frühe Hilfen

Kitas sind Orte, an denen Kinder nicht nur betreut werden, sondern auch ihre ersten gesellschaftlichen Erfahrungen machen. Sie können Räume sein, in denen Selbstwirksamkeit entsteht und demokratisches Verständnis wächst. Deshalb wollen wir, dass Kitas Beteiligungsprojekte zur altersgerechten Mitbestimmung anbieten. Über die Einrichtungen sollen zudem Netzwerke der Frühen Hilfen Familien mit Unterstützungsbedarf erreichen.

Schulische Bildung - Schule für alle

So wie wir uns Schule wünschen, wären sie leuchtende Orte des Lernens und Zusammenlebens. Kinder würden morgens mit Freude durch die Türen gehen, weil sie wissen, dass sie willkommen sind und ihre Stärken zählen. Kein Kind müsste Angst haben zu scheitern, sondern könnte Fehler als Teil des Lernens begreifen. Wissen, Kreativität und Gemeinschaft würden Hand in Hand gehen. Vielfalt wäre nicht nur akzeptiert, sondern eine Bereicherung für alle. Schulen wären Lern- und Lebensorte, die gleiche Chancen für jedes Kind schaffen.

Bildungsgerechtigkeit

Viele Kinder erleben Benachteiligung und oft auch Scham, weil ihre Familien sich nicht alle notwendigen Lernmittel leisten können. Wir fordern, dass der Landkreis Kassel einen Bildungsfonds einrichtet, aus dem Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Familien Zuschüsse für Bücher, Schulmaterialien und digitale Lernmittel erhalten.

Räume und Ausstattung

Weil wir wollen, dass Kinder Schule als Lern- und Lebensort erleben, brauchen wir Mensen, Lernräume, Schulbibliotheken, Freizeit- und Ruheräume sowie digitale Ausstattung an allen Schulen. Der Landkreis muss hierfür die räumlichen und materiellen Voraussetzungen schaffen.
Wir fordern dauerhaftes IT-Fachpersonal an jeder Schule, das für Wartung und Ausgabe von technischen Geräten zuständig ist.

Grundschulen und Übergänge

Eine wohnortnahe Bildung ist besonders für die Kinder wichtig. Darum sprechen wir uns gegen die Schließung kleinerer Grundschulen aus. Die Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen muss verbessert werden, damit Bildungsübergänge gelingen. Eingangsstufen und altersübergreifende Klassen können hier eine gute Lösung sein.

Ganztagsschulen

Es wäre notwendig, dass alle Schulen vom Land als Ganztagsschulen entwickelt werden. Bis dahin muss der Landkreis gewährleisten, dass die Ganztagsbetreuung ausgebaut und pädagogisch gut gestaltet wird. Die verlässliche Grundschule reicht dafür genauso wenig, wie die Nachmittagsbetreuung in einer Kita.

Schulsozialarbeit

Nur an bisher 28 Schulen im Landkreis sind Sozialarbeiter beschäftigt, das gilt es dringend auszubauen, denn Soziale Arbeit an Schulen bietet vielfältige Unterstützung für junge Menschen und ihre Familien. Sie hilft bei Konflikten, stärkt Gemeinschaft und baut Brücken zu weiteren Hilfsangeboten. Deshalb braucht es einen flächendeckenden Personalaufbau an allen Schulstandorten, auch an Grundschulen. Die Mitarbeitenden sollen unmittelbar und dauerhaft beim Landkreis Kassel beschäftigt sein. Damit das gelingt, braucht es außerdem eine verlässliche finanzielle Beteiligung des Landes Hessen.

Arbeitsbedingungen und Personal

Die personelle Besetzung zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebes muss erhöht werden. Befristete Arbeitsverhältnisse und Outsourcing sind zu beenden und künftig zu vermeiden. Des Weiteren muss die erhöhte Belastung von Lehrkräften ernst genommen werden.

Inklusion und Barrierearmut

Alle Klassenräume und Toiletten müssen barrierearm erreichbar und nutzbar sein. Dies gilt auch für ältere Schulgebäude und ist schnellstmöglich nachzubessern.

Gleichstellung und Teilhabe

Menstruationsprodukte sollen in jeder Schule kostenfrei und anonym verfügbar sein. Gender- und armutssensibles Arbeiten muss zwingend in den Schulalltag integriert werden. Der Landkreis soll hierfür Weiter- und Fortbildungen anbieten. Selbstbestimmung, Konsens und Vielfalt gehören in jede Schule. Die Kommune soll sexualpädagogische Bildungsarbeit in Schulen und Jugendzentren stärken.

Klassenzimmer ohne Konzerne

Privates soziales Sponsoring darf keinen Platz in den Schulen haben. Bildung darf nicht von Konzernen oder Werbung abhängig sein, sondern muss öffentlich finanziert und frei von wirtschaftlichen Interessen bleiben.

Sichere und barrierearme Räume

Alle Kinder und Jugendlichen sollen Toiletten und Umkleiden ohne Angst oder Ausgrenzung nutzen können. Toiletten in Schulen sollen deshalb barrierearm gestaltet sein. Sie müssen sicher und sauber sein. Auch in Umkleiden und Duschen braucht es mehr Rücksicht auf unterschiedliche Bedürfnisse: Statt großer Sammelumkleiden fordern wir Einzelkabinen oder abgeteilte Bereiche. Duschen sollen ebenfalls mit Raumteilern oder Kabinen ausgestattet werden. So wird gewährleistet, dass alle, unabhängig von Geschlecht, körperlichen Voraussetzungen oder persönlichen Grenzen, am Schulleben teilnehmen können.

Berufsschulen

Berufsschulen sind ein zentraler Baustein für Ausbildung und Perspektiven junger Menschen im Landkreis. Gerade auf dem Land entscheiden sie darüber, ob Jugendliche wohnortnah lernen können oder auf lange Wege angewiesen sind. Der Landkreis trägt dabei besondere Verantwortung für die materielle Ausstattung. Alle Berufsschulen im Kreis müssen erhalten bleiben und so ausgestattet werden, dass moderne Ausbildung möglich ist.
Eine warme Mahlzeit an den Berufsschulen muss garantiert und kostenfrei sein. Dafür sind Mensen entsprechend auszustatten und dauerhaft zu sichern.

Jugendarbeit

Junge Menschen haben ein Recht auf Unterstützung, Teilhabe und selbstbestimmte Freizeit. Jugendarbeit ist dafür unverzichtbar. Gerade in einer älter werdenden Gesellschaft und angesichts wachsender Kinderarmut und sozialer Spaltung ist es besonders wichtig, Jugendarbeit zu stärken und allen jungen Menschen gleiche Chancen zu eröffnen. Der Landkreis trägt als Träger des Jugendamtes Verantwortung für eine gute und flächendeckende Jugendarbeit.

Selbstverwaltete Räume

Jugendliche brauchen Orte, an denen sie ihre Ideen und Vorstellungen eigenständig umsetzen können. Der Aufbau und die Erhaltung selbstverwalteter Jugendzentren müssen deshalb gesichert und unterstützt werden.

Demokratie und Mitbestimmung

Wir setzen uns für die Einrichtung eines kreisweiten Jugendparlaments ein und für die Unterstützung der Kommunen, solche Parlamente vor Ort einzuführen. Diese Strukturen müssen finanziell abgesichert sein und echte Mitbestimmungsrechte erhalten. So können junge Menschen Demokratie praktisch erleben und ihre Interessen vertreten. Dazu gehört auch unsere Forderung nach einer Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre auf allen Ebenen.

Freizeit und Prävention

Freizeit- und kulturpädagogische Angebote müssen ausgeweitet werden, um wohnortnah kostenlose Angebote zu schaffen. Dabei sollen selbstbestimmte und nichtkommerzielle Strukturen besonders gefördert werden. Demokratieförderliche, antirassistische und gewaltpräventive Projekte sind zu verstärken, um rechtsextremen Tendenzen frühzeitig entgegenzuwirken.

Geschlechtergerechte Angebote

Jugendarbeit muss geschlechtsspezifische Bedarfe berücksichtigen. Angebote wie der Mädchenbus müssen selbstverständlicher Bestandteil der pädagogischen Arbeit vor Ort sein. Der Landkreis Kassel soll den Mädchenbus wieder finanzieren und ausbauen. Auch die spezifischen Probleme von Jungen und jungen Männern dürfen nicht unbeachtet bleiben.

Kreiseigene Einrichtungen

Wir setzen uns für den Erhalt der Jugendburg und Sportbildungsstätte Sensenstein, des Jugendseeheims Sylt sowie des Hauses Panorama in Schönau ein. Eine Schließung oder ein Verkauf dieser Einrichtungen ist mit uns nicht zu machen.

Musikschulen

Musikschulen sind zentrale Orte kultureller Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe. Sie fördern Kreativität, Gemeinschaftssinn und die persönliche Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Musikschulen im Landkreis finanziell so ausgestattet werden, dass sie für alle Menschen unabhängig vom Einkommen offenstehen.
Besonders wichtig ist uns die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Musikschulen, Schulen und Kindertagesstätten, um möglichst vielen Kindern und Jugendlichen einen frühen Zugang zur Musik zu ermöglichen.

Erwachsenenbildung

Leben in einer modernen Arbeitswelt heißt lebenslanges Lernen. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Kommune unabhängige, niedrigschwellige Beratungsangebote zu beruflicher Weiterbildung und zu Fördermöglichkeiten, etwa nach dem Qualifizierungs-Chancengesetz, auf- und ausbaut. So wollen wir Beschäftigte und Arbeitssuchende dabei unterstützen, sich rechtzeitig zu qualifizieren, berufliche Neuorientierungen zu planen und ihre Zukunft selbstbestimmt zu gestalten.

Volkshochschulen (VHS)

Die VHS ist ein Ort politischer Bildung und demokratischer Dialoge. Vor allem angesichts wachsender gesellschaftlicher Spaltung und Polarisierung, muss sie ein Schutzraum für faktenbasierte Auseinandersetzung bleiben und ist in dieser Aufgabe zu stärken.

Sie bietet eine Vielzahl von Kursen zur Weiterbildung erwachsener und junger Menschen an. Neben Kursen zur individuellen Freizeitgestaltung oder persönlicher Entfaltung werden auch Inhalte der politischen Bildung, Deutschkurse sowie Angebote für junge Familien angeboten. Vielen Menschen ist eine Weiterbildung aufgrund zu hoher Kosten nicht möglich.

Wir fordern daher eine kostenfreie Bildung für alle gesellschaftlichen, politischen und soziologischen Kursangebote und für Kurse zur Deutschförderung, sowohl für Fremd- als auch für Muttersprachige, da auf lange Sicht alle von gut gebildeten Menschen profitieren.

Kurse für junge Familien sind als Angebot der sozialpädagogischen Familienhilfe kostenfrei anzubieten.

Leistungsbeziehern soll zur Ermöglichung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben kostenfreie Teilnahme an allen Kursen der VHS ermöglicht werden.

Berufsbildende Kurse an der VHS sind auszubauen. Eine Zusammenarbeit mit Betrieben, den Jobcentern und der Agentur für Arbeit zur Förderung von berufsbildenden Kursen ist ebenso anzuregen wie die Zusammenarbeit mit Kranken- und Gesundheitskassen für Kurse aus dem Bereich Gesundheit.

Wir setzen uns dafür ein, dass neben Honorarverträgen Verträge mit den Lehrenden so gestaltet werden können, dass unbefristete Arbeitsverhältnisse entstehen, die den Lebensunterhalt sichern.

Zur besseren Erreichbarkeit müssen auch im ländlichen Raum weiterhin Außenstellen oder mobile Angebote erhalten und ausgebaut werden. Auf eine barrierearme Ausgestaltung der Kursorte ist hinzuarbeiten.

Sicherheit beginnt mit sozialer Gerechtigkeit

Wer von Sicherheit spricht, meint meistens Polizei, Kameras, Verbote. Doch echte Sicherheit beginnt früher. Für Die Linke bedeutet Sicherheit ein gutes Leben ohne Angst. Sie entsteht durch soziale Gerechtigkeit, funktionierende Hilfsstrukturen und eine solidarische Gesellschaft. Repression, Aufrüstung oder Überwachung schaffen nur Scheinsicherheit. Sie verschieben Probleme, lösen sie aber nicht. Noch schlimmer: Gruppen, die unseres Schutzes bedürfen, werden aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt.

Sicherheit vor Ort bedeutet Zugang und Teilhabe

Wir setzen auf soziale Sicherheit statt Kontrolle. Das heißt: bezahlbarer Wohnraum, Schutz vor Zwangsräumungen, gute Arbeit im kommunalen Einflussbereich, Zugang zu Bildung, Mobilität und medizinischer Versorgung für alle. Gewaltprävention braucht ausreichend Notrufe und niedrigschwellige Angebote in Schulen und Sozialräumen.

Öffentliche Räume gehören allen

Sichere öffentliche Räume bedeuten für uns: barrierefreie Gestaltung, gute Beleuchtung, öffentliche Toiletten, Trinkwasser und Ruhezonen. Statt Verboten und Verdrängung braucht es Streetwork, Drogenhilfe und Konfliktvermittlung.
Videoüberwachung und private Sicherheitsdienste schaffen keine Sicherheit, sondern überwachen, schikanieren oder verdrängen. Behörden müssen für den Schutz aller Menschen arbeiten, nicht für Verdrängungspolitik.
Deshalb fordern wir die Erstellung eines Leitbildes für den Umgang mit benachteiligten Gruppen für Ordnungskräfte. Zur Umsetzung werden verbindliche Beschwerdemöglichkeiten bei übergriffigem Verhalten benötigt. Wir alle können durch Verlust der Wohnung, psychische Erkrankung oder Sucht auf Hilfe angewiesen sein.

Soziale Sicherheit und klare Kante gegen Rechts

DIE LINKE.

Starke Strukturen für Feuerwehr, Rettungsdienste und Katastrophenschutz

Unsere Sicherheit hängt entscheidend von den Menschen ab, die im Notfall schnell helfen – bei Bränden, Unfällen, medizinischen Notlagen oder bei der Wasser- und Vermisstensuche. Diese Arbeit wird im Landkreis Kassel größtenteils ehrenamtlich geleistet. Die Feuerwehren allein zählen rund 1500 aktive Mitglieder. Hauptamtlich wäre diese Leistung nur schwer zu erbringen.
Diese Menschen verdienen mehr als bloßen Dank. Sie brauchen verlässliche Ausstattung, gute Arbeitsbedingungen, gesellschaftliche Rückendeckung und eine Politik, die ihnen die Arbeit erleichtert.

Katastrophenschutz stärken

Wir setzen uns dafür ein, dass der Katastrophenschutz im Landkreis gestärkt wird. Dazu gehört die Vorbereitung auf Stromausfälle, Trinkwasserknappheit, Extremwetter oder Evakuierungen von Einrichtungen für besonders hilfsbedürftige Menschen.

Kommunale Einrichtungen wie Rathäuser, Schulen oder Sporthallen müssen mit Notstrom versorgt werden können. Warnsysteme und eine funktionierende Sireneninfrastruktur gehören genauso dazu wie moderne Informationswege.

Barrierearme Katastrophenvorsorge muss umgesetzt werden: Evakuierungspläne, Warnsysteme und Notunterkünfte sind so zu gestalten, dass sie für Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen zugänglich und nutzbar sind.

Wir lehnen es ab, zivile Hilfsorganisationen in militärische Planungen oder in sogenannte zivilmilitärische Zusammenarbeit einzubinden. Ziviler Katastrophenschutz ist und bleibt Teil öffentlicher Daseinsvorsorge.

Feuerwehr stärken

Die kreisweite Koordination und Zusammenarbeit der Feuerwehren muss verbessert werden, damit kleinere Gemeinden nicht mit den Kosten für Ausrüstung oder Ausbildung allein gelassen werden. Feuerwehrhäuser müssen saniert oder neu gebaut werden. Geschlechtergerechte Infrastruktur wie getrennte Umkleiden und Duschen ist längst überfällig.
Damit das Ehrenamt mit Familie und Beruf vereinbar bleibt, braucht es Maßnahmen wie Kinderbetreuung während Einsätzen oder Schulungen.

Wir wollen eine Feuerwehrkultur, die offen und tolerant ist. Rechtsextremen Tendenzen, Sexismus und Rassismus stellen wir uns insbesondere auch aufgrund des gesamtgesellschaftlichen Auftrages in den Blaulichtstrukturen entgegen.
Ausrüstung und Ausbildung müssen sich an neue Anforderungen anpassen. Starkregen, Hochwasser, Vegetations- und Waldbrände oder Stromausfälle treten immer häufiger auf. Die Einsatzkräfte benötigen entsprechende Technik, Planungssicherheit und gezielte Fortbildungen.

Rettungsdienste stärken

Rettungsdienste im Landkreis Kassel müssen erhalten, ausgebaut und gemeinnützig betrieben werden. Sie müssen verlässlich erreichbar bleiben, auch in ländlichen Ortsteilen. Rettungskräfte müssen gut bezahlt, gesundheitlich geschützt und vor Überlastung bewahrt werden. Dazu gehören auch Supervision, bessere Personalschlüssel und familienfreundliche Einsatzstrukturen.

Wo die Hilfsfristen vor Ort nicht sicher eingehalten werden können, sollen ehrenamtliche First-Responder-Strukturen entstehen. Diese können lebenswichtige Zeit überbrücken, ersetzen aber nicht den regulären Rettungsdienst.

Der Rettungsdienst darf nicht zum Geschäftsmodell verkommen. Ausschreibungen unter Kostendruck gefährden Qualität, Löhne und Kontinuität. Wir wollen deshalb, dass langjährige gemeinnützige Träger wie ASB, DRK oder Johanniter im Interesse der Versorgungssicherheit nach Möglichkeit ohne neue Ausschreibung weiter beauftragt werden.

Rettung ist öffentliche Aufgabe und keine Ware.

Wasserrettung stärken

Auch die DLRG leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit im Landkreis, sei es durch Schwimmausbildung, Wasserrettung oder den Einsatz bei Katastrophen. Diese Arbeit muss politisch abgesichert und gezielt unterstützt werden.

Dazu gehören sanierte Schwimmbäder, eine bessere Zusammenarbeit mit Schulen und Kitas sowie Übungsflächen und Ausrüstung, die kommunal bereitgestellt oder bezuschusst wird. Ehrenamtliche DLRG-Kräfte sollen den gleichen Zugang zu Verdienstausgleich und Vergünstigungen erhalten wie Angehörige der Feuerwehr.

Rettungshundestaffeln einbinden

Ehrenamtliche Suchhundestaffeln wie die Rettungshundestaffel Kassel-Wolfhagen leisten bei der Suche nach vermissten Personen unverzichtbare Arbeit. Trotzdem sind sie bislang nicht systematisch in die Katastrophenschutzplanung eingebunden, sondern werden nur auf Zuruf alarmiert.

Das muss sich ändern. Wir fordern ihre verbindliche Aufnahme in die Notfallpläne des Landkreises, eine finanzielle Förderung für Ausrüstung und Ausbildung sowie Freistellungsregelungen für Einsätze und Übungen. Hunde, die als geprüfte Rettungshunde im Einsatz stehen, sollen in allen Kommunen des Landkreises von der Hundesteuer befreit werden.

Tierschutz in Krisenlagen

Nicht zuletzt muss auch der Tierschutz in Krisenlagen mitgedacht werden. Derzeit gibt es im Landkreis Kassel nur private Tierpensionen für die Fundtieraufnahme. Wir wollen prüfen, ob ein kommunal getragenes Tierheim als Gemeinschaftsprojekt realisiert werden kann. Bereits aktive Tierschutzvereine vor Ort sollen frühzeitig beteiligt werden.

Gewalt nicht weiter isolieren

Häusliche, ökonomische und sexualisierte Gewalt sind kein Randthema. Besonders im ländlichen Raum bleiben sie oft verborgen. Es gibt kaum leicht zugängliche Hilfsangebote oder sichere Orte, an denen Betroffene Schutz finden können.
Frauen, die Gewalt erleben, haben häufig keine Möglichkeit, etwas in ihrer Situation zu ändern, etwa weil sie finanziell nicht unabhängig sind oder weil es in der Nähe keine Frauenhäuser gibt. Deshalb braucht es mehr Frauenhausplätze im Landkreis sowie ein Mädchenhaus als Schutzraum für junge Betroffene.
Die Einsamkeit auf dem Land erhöht das Risiko zusätzlich. Femizid ist die absichtliche Tötung von Frauen* aufgrund ihres Geschlechts. Solche Taten passieren oft durch (Ex-)Partner oder Personen, die ihnen nahestehen. Sie passieren meist nach einer langen Zeit von Missbrauch und ohne Unterstützung, die hätte helfen können.

Strukturen feministisch verändern

Eine geschlechtergerechte Kommune stellt sicher, dass Frauen nicht länger übersehen oder benachteiligt werden. Dazu gehört die Finanzierung von Beratungsstellen ebenso wie der Schutz für Mädchen unter 15, wie es die Istanbul-Konvention fordert.

Frauenbeauftragte dürfen nicht nur symbolisch präsent sein. Sie brauchen echte Rechte, Ressourcen und Einfluss, um Veränderungen in der Gesellschaft voranzutreiben. Dazu gehört auch eine feste Anlaufstelle für queere Menschen, die Diskriminierung erfahren.

Gemeinsam für eine solidarische Sicherheit

Sicherheit entsteht, wenn niemand allein gelassen wird und Hilfe verlässlich funktioniert. Sie bedeutet Schutz vor Gewalt, Zugang zu guter Versorgung, starke Rettungsstrukturen und öffentliche Räume, die allen offenstehen. Dafür setzen wir uns ein, gemeinsam und solidarisch.

Damit echte Sicherheit aus Gerechtigkeit wächst:

- **Wollen wir Gewaltprävention stärken, mehr Schutzräume, zusätzliche Frauenhausplätze, ein Mädchenhaus, eine Anlaufstelle für queere Menschen sowie Hilfsangebote und soziale Arbeit statt Verdrängung.**
- **Braucht es barrierearme, belebte und für alle zugängliche öffentliche Räume.**
- **Setzen wir uns dafür ein, Feuerwehr, Rettungsdienste und Katastrophenschutz zu stärken, das Ehrenamt abzusichern und diese Bereiche privatisierungsfrei zu halten.**
- **Fordern wir keine Videoüberwachung oder privaten Ordnungskräfte in öffentlichen Räumen.**
- **Wollen wir Menschenrechte durch dezentrale Unterbringung, Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung für alle schützen:**
- **Braucht es einen erweiterten Katastrophenschutz mit barrierearmen Notfallplänen, verlässlichen Warnsystemen, Unterstützung für DLRG, Rettungshundestaffeln und kommunale Tierheime.**

Den ländlichen Raum vernetzen - Digitale Chancen nutzen

Digitale Angebote sind heute ein Teil der Grundversorgung. Ohne stabiles Internet, digitale Verwaltungswege oder Telemedizin drohen ländliche Räume abgehängt zu werden. Projekte wie „Digitale Dörfer“ zeigen, wie Online-Bestellungen, Lieferdienste, Nachbarschaftshilfen oder Bürgerplattformen das Leben vor Ort erleichtern. Damit alle profitieren können, braucht es schnelles Internet, praxisnahe Anwendungen und Unterstützung bei der Nutzung.

Digitale Teilhabe ist heute Grundversorgung. Ohne schnelles Internet und stabile Mobilfunknetze bleiben Menschen, Gemeinden und Unternehmen abgehängt. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land, Arm und Reich, Jung und Alt verschärfen sich durch digitale Spaltung.

Glasfaser und Mobilfunk

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Haushalte im Landkreis mit Glasfaseranschlüssen versorgt werden, unabhängig davon, ob es sich für private Anbieter wirtschaftlich lohnt. Funklöcher und Verbindungsabbrüche dürfen nicht länger zum Alltag im ländlichen Raum gehören. Mobilfunk muss flächendeckend in allen Netzen verfügbar sein. Wir fordern, dass öffentliche Mittel nicht in ein Flickwerk aus Subunternehmerketten fließen, sondern in koordinierte und transparente Projekte. Breitband und Mobilfunk gehören zur Daseinsvorsorge und dürfen nicht allein dem Markt überlassen bleiben.

Soziale Dimension

Wir wollen erreichen, dass der Zugang zum Internet nicht vom Einkommen abhängt. Internetfähige Endgeräte müssen allen Menschen offenstehen. Deshalb setzen wir uns für Leihpools an Schulen, Bibliotheken und Volkshochschulen ein. Menschen im Rentenalter, Menschen mit Behinderung und von Armut Betroffene brauchen besondere Unterstützung, damit niemand von der digitalen Teilhabe ausgeschlossen wird. Digitale Angebote müssen immer barrierearm sein.

Digitale Teilhabe auch im Alter

In vielen Bereichen droht die Digitalisierung, diejenigen abzuhängen, denen die Fähigkeiten im Umgang mit der nötigen Hard- und Software fehlen. Zusätzlich zu unserem Engagement gegen die Digitalisierung mit der Brechstange und für barrierefreie Lösungen machen wir uns auch stark für den Ausbau von Angeboten, die für Interessierte aller Altersgruppen, jedoch mit besonderem Fokus auf die oft digital abgehängte Gruppe der Menschen im Rentenalter, barrierearme und zugängliche Anleitung und Befähigung im Umgang mit Smartphones und Computern bereitstellen.
Hierbei sollen vor allem bestehende Initiativen wie die der Landesstiftung "Miteinander in Hessen" ausgebaut, aber auch neue, bedarfsgerechte Formate erprobt und gestaltet werden.

Verwaltung und Datenschutz

Wir setzen uns dafür ein, dass E-Government-Angebote im Landkreis barrierearm gestaltet werden. Wer nicht online ist, darf nicht ausgeschlossen werden, der Gang zu Behörden muss möglich bleiben, um dort auch weiterhin Dokumente in Papierform zu erhalten. Datenschutz hat Vorrang. Open-Source-Software und offene Standards sind die Grundlage für Transparenz und Sicherheit. Beschäftigte der Verwaltung müssen über ihre Personalräte an der Umsetzung beteiligt werden.

E-Government heißt Verwaltung online nutzen. Beispiele: Ausweis verlängern, Wohnsitz ummelden, Bauantrag stellen oder Gebühren bezahlen.

Digitale Souveränität, Vielfalt und Nachhaltigkeit

Wir fordern digitale Unabhängigkeit auch auf kommunaler Ebene. Der Landkreis soll möglichst auf freie Software und offene Daten setzen, um Abhängigkeiten von großen Konzernen zu verringern. Gleichzeitig muss Digitalisierung ökologisch verantwortungsvoll sein. Rechenzentren brauchen eine effiziente Energieversorgung, Hardware soll nach ökologischen Kriterien beschafft und möglichst lange genutzt werden, um Elektroschrott zu vermeiden.

Digitale Räume müssen Schutzräume für queere Menschen und Menschen mit Diskriminierungserfahrung sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Beratungsstellen und Initiativen gegen digitale Gewalt gestärkt werden, dass Schulen und Bildungseinrichtungen Präventions- und Medienkompetenz-Programme mit klarem Fokus auf Antidiskriminierung anbieten. Digitale Angebote des Landkreises sind inklusiv zu gestalten.

Arbeit und Alltag

Wir fordern, dass Homeoffice und hybride Arbeit auch im ländlichen Raum zuverlässig möglich sind. Dafür braucht es stabile Netze. Gleichzeitig setzen wir uns gegen eine ständige Erreichbarkeit ein, auch in der Kreisverwaltung. Beschäftigte haben ein Recht auf klare Arbeitszeiten und Schutz vor Überlastung. Für Sorgearbeit leistende, bisher überwiegend Frauen, können Homeoffice und digitale Arbeit Chancen eröffnen, sie bergen aber auch die Gefahr von Mehrfachbelastungen durch Sorgearbeit und ständige Erreichbarkeit.

Damit Du im Landkreis Kassel überall online vernetzt bist:

- **Fordern wir den flächendeckenden Ausbau von Glasfaser, Mobilfunk und öffentlichen WLAN-Angeboten.**
- **Wollen wir Gemeinden bei digitalen Projekten unterstützen und regionale Kooperationen fördern.**
- **Braucht es Schulungen und Leihpools, damit alle Generationen digitale Technik nutzen können.**
- **Setzen wir uns für barrierearmes und datenschutzkonformes E-Government mit analogen Alternativen ein.**
- **Unterstützen wir die Förderung digitaler Projekte nach dem Vorbild „Digitale Dörfer“ und Unterstützung von Gemeinden bei der Umsetzung.**
- **Soll Digitalisierung fair, nachhaltig und gemeinsam mit den Beschäftigten gestaltet werden.**

Landebahn für rote Zahlen – Ausstieg aus der Flughafen GmbH Kassel

Eigentlich wollten wir dieses Kapitel ans Ende des Programms setzen, unter der Überschrift „kann weg“. Doch beim Flughafen Kassel-Calden ist die Sache klar: er kann nicht weg, er muss weg. Seit seiner Eröffnung 2013 ist er ein dauerhaft verschwenderisches Ausstellungsprojekt. Jedes Jahr verschwinden Millionen Euro Steuergeld in ungenutzten Startbahnen. Dieses Geld fehlt in Schulen, Wohnungen, Pflege und im öffentlichen Nahverkehr.

Der Flughafen hat nie seine Versprechen gehalten. Statt internationaler Anbindung gibt es Kurzstrecken-Charter. Statt neuer Arbeitsplätze entstehen nur Dauer-Subventionen. Statt Zukunftsfähigkeit nehmen die Klimaschäden zu.
Wir sagen: Schluss mit diesem Irrweg.

Damit kein weiteres Steuergeld in den Himmel fliegt:

- **Fordern wir den Ausstieg des Landkreises Kassel aus der Flughafen GmbH.**
- **Sollen Steuermittel in sozialen Wohnungsbau, Bildung, Gesundheit und Nahverkehr umgeleitet werden.**
- **Wollen wir alle Defizite und Zuschüsse offenlegen.**
- **Müssen wir die Zukunft der Beschäftigten sichern: Durch Umschulung und neue Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Branchen.**
- **Soll eine ökologische Umnutzung des Geländes geprüft werden.**
- **Wollen wir die Bevölkerung über die Zukunft des Geländes mitentscheiden lassen.**

Lebenswerte Orte

Ein gutes Leben auf dem Land braucht mehr als nur Wohnraum. Es braucht lebendige Ortskerne, erreichbare Einkaufsmöglichkeiten, sichere Treffpunkte, kulturelles Erbe und wohnortnahe Versorgung. Wenn Bankfilialen, Arztpraxen oder Läden schließen, wenn Dorfkerne verfallen oder historische Gebäude verloren gehen, leidet die Lebensqualität.

Wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten sichern

Im ländlichen Raum verschwinden immer mehr Läden. In vielen Gemeinden gibt es keine Geschäfte des alltäglichen Bedarfs mehr. Vor allem ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen verlieren dadurch Selbstständigkeit.
Wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten sind Teil der Grundversorgung. Sie entscheiden, ob Menschen im Dorf gut leben können oder weite Wege organisieren müssen. Besonders Frauen sind betroffen: Sie tragen den Großteil der Sorgearbeit, erledigen Einkäufe und kümmern sich um Kinder und Angehörige. Wenn Geschäfte fehlen, steigt die Belastung und Abhängigkeit.
Viele Versorgungsangebote im ländlichen Raum leben vom Engagement der Menschen vor Ort. Hof- und Dorfläden funktionieren oft nur, weil Ehrenamtliche Verantwortung übernehmen. Dieses Engagement verdient Unterstützung. Ehrenamtlich und genossenschaftlich getragene Projekte sichern Versorgung, schaffen Gemeinschaft und halten Orte lebendig.
Wir fordern Konzepte, die die Versorgung im Ort sichern und mit einem verlässlichen ÖPNV verbinden. Dazu gehören Dorfläden, mobile Verkaufsangebote, Kooperationen mit regionalen Produzierenden sowie digitale Bestell- und Liefermodelle, die mit Bus und Bahn erreichbar sind.

Damit dein Dorf lebendig bleibt:

- **Unterstützen wir Förderprogramme des Landkreises für Dorfläden und gemeinschaftlich getragene Versorgungsprojekte.**
- **Sollen Kommunen Versorgungskonzepte für ihren Bereich aufstellen, die durch den Landkreis koordiniert werden.**
- **Wollen wir mobile Verkaufsstellen unterstützen, die auch kleinere Ortsteile regelmäßig anfahren.**
- **Braucht es eine bessere Anbindung von Versorgungspunkten wie Läden und Wochenmärkten an den ÖPNV oder Bürgerbus.**
- **Soll der der Landkreis ein Förderprogramm für ehrenamtliche und genossenschaftlich organisierte Projekte zur Grundversorgung auflegen.**

Finanzinfrastruktur sichern – Sparkassen stärken

Wohnortnahe Bankfilialen gehören zur Grundversorgung im ländlichen Raum. Wenn Sparkassen Filialen schließen, verlieren Gemeinden nicht nur einen wichtigen Service, sondern auch ein Stück Lebensqualität. Besonders ältere Menschen ohne Online-Banking und kleine Betriebe mit Bargeldeinnahmen sind betroffen. Auch die Funktion der Sparkassen als Treffpunkt im Dorfkern geht verloren.
Die Sparkassen haben einen öffentlichen Auftrag: Sie sollen die Menschen und die Wirtschaft in ihrer Region zuverlässig mit Finanzdienstleistungen versorgen. Dazu gehört auch persönliche Beratung. Diesen Auftrag sehen wir gefährdet, wenn Filialen alternativlos verschwinden und höchstens SB-Automaten verbleiben. Der Erhalt von Bankfilialen darf nicht der Profitlogik unterliegen.
Mobile Bankbusse und gemeinsame Standorte mit Post oder Einzelhandel können die Grundversorgung sichern, wenn eine Filiale bereits fallen gelassen wurde. So lassen sich Bargeldversorgung und persönliche Beratung auch in kleinen Ortsteilen weiter gewährleisten.
Wir setzen uns dafür ein, dass der Landkreis Druck auf den Verwaltungsrat der Kasseler Sparkasse ausübt und sich an die Seite der betroffenen Kommunen stellt. Schließungen dürfen nicht ohne echte Alternativen erfolgen.

Damit du überall Zugang zu Bargeld und Beratung hast:

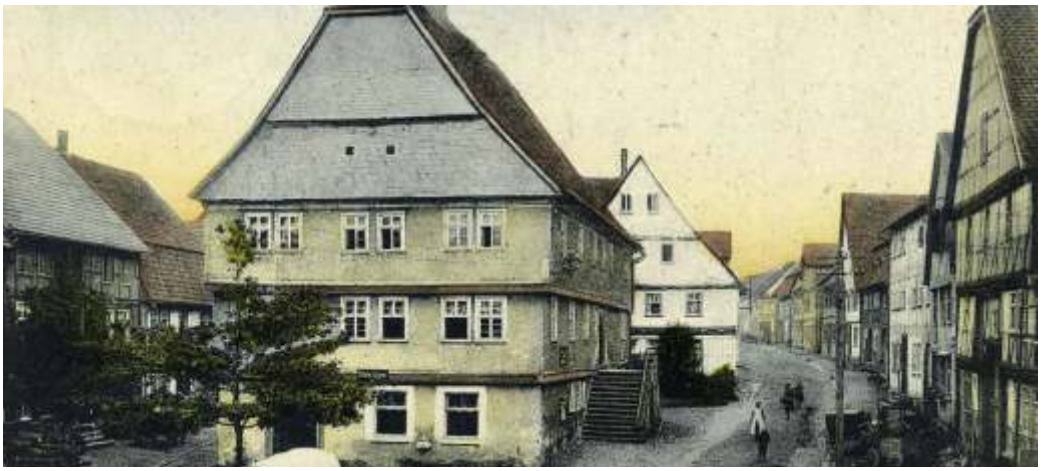
- **Soll der Kreistag den Verwaltungsrat der Kasseler Sparkasse auffordern, wohnortnahe Beratung und Bargeldversorgung in allen Gemeinden sicherzustellen.**
- **Wollen wir, dass der Landkreis ein Monitoring einrichtet und regelmäßig über die Versorgung mit Bank- und Kreditdienstleistungen im Kreisgebiet berichtet.**
- **Braucht es Prüfungen, ob auf kreiseigenen Veranstaltungen und Flächen Kooperationen mit mobilen Bankangeboten möglich sind, um Grundversorgung zu sichern.**
- **Unterstützen wir Kommunen, die in Gesprächen mit der Sparkasse für den Erhalt ihrer Filialen eintreten.**
- **Soll der Landkreis Kooperationen für gemeinsame Standorte von Bank, Post und Handel fördern und sich für den regelmäßigen Einsatz mobiler Bankangebote einsetzen.**

Denkmalschutz stärken

Im Landkreis Kassel gibt es viele Kulturdenkmäler. Dazu gehören Schlösser und Burgen ebenso wie Wohnhäuser, Wirtschaftsgebäude und ganze Dorfkerne. Diese gewachsenen Ortsbilder prägen die Identität des Landkreises, sind Zeugen unserer Vergangenheit und machen ihn lebenswert. Der Erhalt von Baukultur heißt nicht Stillstand, sondern Weiterentwicklung. Wohnen, Arbeiten und Wirtschaften verändern sich. Umso wichtiger ist eine behutsame Weiterentwicklung, die traditionelle Bauweisen bewahrt und vertraute Landschaftsbilder erhält. Private Initiativen zum Erhalt verdienen Unterstützung. Ebenso wichtig sind kommunale Programme zur Entwicklung und zum Erhalt der historischen Dorfkerne. Aufträge für örtliche Handwerksbetriebe, ein lebendiger Tourismus und die Bindung von Menschen an den ländlichen Raum machen deutlich: Der Schutz historischer Bauten ist auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Private Eigentümerinnen und Eigentümer tragen eine große Verantwortung für den Erhalt von Kulturdenkmälern. Viele scheuen Sanierungen aufgrund von Aufwand und Kosten. Niedrigschwellige Beratungsangebote durch den Landkreis können hier Hemmschwellen abbauen und Orientierung geben, gerade auch unter Einbezug möglicher energetischer Sanierungen.
Denkmalschutz darf nicht im Widerspruch zu einer klimafreundlichen Entwicklung stehen. Gerade im ländlichen Raum braucht es Lösungen, die traditionelle Bauweisen bewahren und gleichzeitig erneuerbare Energien ermöglichen. Ein Ausgleich zwischen Schutz historischer Bausubstanz und moderner Energietechnik wie Solaranlagen ist notwendig.
Damit der historische Wert unserer Bauwerke für heutige und kommende Generationen lebendig und nutzbar bleibt, muss die Zusammenarbeit von Schulen, Bildungseinrichtungen und Vereinen mit dem Denkmalschutz gestärkt werden.

Damit Geschichte Zukunft hat:

- **Fordern wir Förderprogramme des Landkreises für private Sanierungen und gemeinschaftliche Initiativen im Denkmalschutz.**
- **Sollen kommunale Entwicklungsprogramme für erhaltenswerte und historische Dorfkerne fortführt und ausgeweitet werden.**
- **Braucht es klare Leitlinien zur Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Klimaschutz, um Planungssicherheit zu schaffen und Konflikte zu vermeiden.**



Angebote für Kinder, Jugendliche und Gemeinschaft

Lebendige Orte brauchen Treffpunkte und Möglichkeiten, miteinander aktiv zu sein. Kinder und Jugendliche brauchen attraktive Freizeit- und Kulturangebote. Vereine und Initiativen schaffen Gemeinschaft und bringen Menschen zusammen. Dorffeste und Kulturveranstaltungen stärken das Zusammenleben und machen den Ort lebenswert. In vielen Gemeinden fehlen attraktive Freizeit- und Kulturangebote für Kinder und Jugendliche. Das führt dazu, dass sich Angebote auf wenige Orte konzentrieren, während andere Orte leer ausgehen. Dort, wo noch Angebote bestehen, entstehen Ballungen und Überlastung. Ein vielfältiges Vereins- und Kulturleben vor Ort ist jedoch entscheidend für Teilhabe und Gemeinschaft.

Auch Feste und Feiern gehören dazu. Sie sollen Orte der Begegnung sein, ohne Menschen oder Tiere zu belasten. Private Feuerwerke stehen dem entgegen: Sie verursachen Lärm, Feinstaub und viele Verletzungen. Besonders Kinder, traumatisierte Menschen, ältere Menschen und Haustiere leiden darunter. Auch historische Dorfkerne sind durch Brände gefährdet. Öffentliche Veranstaltungen sollen auf moderne Alternativen setzen.
Lebendige Orte brauchen Treffpunkte für alle Generationen. Mehrgenerationenhäuser und ähnliche Projekte schaffen Räume für Begegnung, gegenseitige Unterstützung und gemeinsames Leben im Dorf. Sie bieten Angebote für Kinder und Jugendliche ebenso wie für ältere Menschen und entlasten Familien.

Damit du Gemeinschaft erleben kannst:

- **Fordern wir den Ausbau von Freizeit- und Kulturangeboten für Kinder und Jugendliche.**
- **Unterstützen wir Vereine und Initiativen, die das gemeinschaftliche Leben vor Ort gestalten.**
- **Wollen wir Dorffeste und kulturelle Projekte in den Gemeinden fördern.**
- **Braucht es sichere und umweltfreundliche Alternativen zu Feuerwerken auf Veranstaltungen.**
- **Sollen Mehrgenerationenhäuser und Begegnungsorte in den Gemeinden gestärkt und Träger bei Aufbau und Betrieb unterstützt werden.**

Strukturpolitik statt Flächenverbrauch

Gerade im ländlichen Raum, wo einige Dörfer mit Leerstand zu kämpfen haben, ist ein kluger Umgang mit den vorhandenen Gebäuden entscheidend. Stattdessen müssen bestehende Wohnungen erhalten, Leerstände genutzt und soziale Bindungen verlängert werden, um allen Menschen bezahlbares Wohnen zu ermöglichen.
Notwendig ist neben einem Leerstandsregister ein aktives Leerstandsmanagement, das Kommunen dabei unterstützt, leerstehende Häuser und Wohnungen wieder nutzbar zu machen. Sei es für Familien, für ältere Menschen, die barrierearmen Wohnraum brauchen, oder für Geflüchtete. Dabei sind Bedürfnisse und Wünsche der Menschen zu berücksichtigen.

Wohnen ist ein Menschenrecht

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt mehr und mehr zugespitzt. In den Ballungsräumen sind die Mieten explodiert, es fehlt an bezahlbarem Wohnraum. Im Gegensatz dazu gibt es Gegenden im Landkreis, in denen Häuser und Wohnungen leer stehen und die Durchschnittsmieten vergleichsweise niedrig sind. Allerdings haben sich auch hier die Mieten in den letzten vier Jahren rasant erhöht. Zudem fällt ein erheblicher Teil der Wohnungen mit Sozialbindung weg, ein herber Verlust für alle, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind.

Energetische Sanierungen sozial gestalten

Förderprogramme für energetische Sanierungen müssen so ausgerichtet werden, dass sie nicht nur die Eigentümer entlasten, sondern auch die Mieten bezahlbar bleiben. Gerade mit Blick auf den Klimaschutz darf energetische Modernisierung nicht zu Verdrängung führen.

Bedarf an neuen Wohnungen

Es fehlen in den nächsten Jahren neue Wohnungen. Insbesondere kleine, barrierearme und bezahlbare Wohnungen werden gebraucht. Dafür müssen kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbauprojekte gezielt gefördert werden, damit bezahlbarer Wohnraum dauerhaft gesichert bleibt und nicht zum Spekulationsobjekt wird.

Sozialer und ökologischer Wohnungsbau

Bezahlbares Wohnen und Klimaschutz müssen zusammen gedacht werden. Es ist notwendig, bestehende Wohnungsbestände klimafreundlich zu sanieren und zugleich Mietpreissteigerungen zu verhindern, indem der Landkreis selbst aktiv in den Wohnungsbau investiert und Kommunen bei der Ausweisung von Bauflächen entsprechende Vorgaben machen.
Initiativen zur Gründung einer gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises müssen weiter vorangetrieben werden. Dazu gehört, dass die Gesellschaft ausreichend Startkapital und fachliche Unterstützung erhält, um schnell handlungsfähig zu sein. Wohnraum muss in öffentlicher Hand verbleiben.

Damit Du im Landkreis Kassel gut und bezahlbar wohnen kannst:

- **Fordern wir neue gemeinnützige Wohnungen und die Nutzbarmachung von Leerstand.**
- **Wollen wir eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft aufbauen, die für Menschen nicht für Rendite baut.**
- **Setzen wir uns dafür ein, Mieten begrenzen und Sozialbindungen verlängern, damit Dein Zuhause bezahlbar bleibt.**
- **Braucht es Förderungen für energetische Sanierungen, die Umwelt und**

Ehrenamt - solidarisch, vielfältig und menschlich

Ehrenamtliche Arbeit wird immer wichtiger, um das öffentliche Leben zu gestalten und steht für gelebte Solidarität. Sie stärkt das Miteinander in Bereichen, in denen öffentliche Mittel und Personal fehlen, und zeigt, dass im Leben mehr zählt als Geld und Besitz. Wer sich engagiert, schenkt Gemeinschaft, Zeit und Herzenswärme. Dieses Engagement bereichert die Gesellschaft und jede einzelne Person.

Im Landkreis gibt es viele Projekte, Institutionen, Initiativen und Vereine, in denen ein Ehrenamt möglich und unerlässlich ist.

Gleichzeitig fehlen Ressourcen und Strukturen, um Menschen für freiwilliges Engagement zu gewinnen. Wir setzen uns deshalb für eine zentrale Ehrenamtskoordination ein, die als Anlaufstelle für Vereine, soziale Einrichtungen und Engagierte dient. Sie soll bei der Vermittlung, Qualifizierung und Fördermittelberatung unterstützen und ehrenamtliche Arbeit sichtbar machen.

Auch junge Menschen sollen die Möglichkeit haben, sich sozial zu beteiligen und Verantwortung zu übernehmen. Das fördert Empathie, Selbstwirksamkeit und politisches Verständnis. Schulen im Landkreis ermutigen wir, sich an Konzepten zu orientieren, die bereits ein Schulfach wie z.B. “Verantwortung” eingeführt haben. So wachsen junge Menschen in ein Bewusstsein für gesellschaftliche Zusammenhänge hinein und lernen, dass ihr Beitrag zählt.

Wir wollen, dass das Ehrenamt in den Kommunen mehr Anerkennung findet. Für Menschen, die sich engagieren, dürfen keine zusätzlichen Kosten entstehen, etwa für Fahrt oder Verpflegung. Alle Ehrenamtlichen sollen während ihrer Tätigkeit versichert sein. Bürokratische Hürden müssen abgebaut werden, damit Engagement nicht an Formularen oder Förderanträgen scheitert.

Es ist notwendig, die Bedingungen für den Erhalt der Ehrenamtscard Hessen im Landkreis Kassel zu verbessern. Es ist ungerecht, erst nach drei Jahren und einem hohen Stundenpensum Zugang zu diesen Vorteilen zu bekommen. Menschen, die beruflich oder familiär stark eingespannt sind, leisten oft wertvolle Beiträge, die nicht messbar in Stunden sind. Ehrenamt verdient Wertschätzung in jedem Umfang.

Auch die häusliche Sorge- und Pflegearbeit von Angehörigen ist ein unverzichtbarer Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ohne dieses Engagement wären die Herausforderungen der Pflege und Versorgung von Menschen mit Behinderung, Kindern, sowie älterer oder kranker Menschen nicht zu bewältigen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass häusliche Pflege von Angehörigen als ehrenamtliche Tätigkeit vollumfassend anerkannt und gesellschaftlich gewürdigt wird.

Ehrenamt soll allen Menschen offenstehen, unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht, Behinderung oder Aufenthaltsstatus. Vielfalt stärkt das Miteinander. Wir möchten zudem, dass Fortbildungsangebote für Engagierte kostenlos oder bezuschusst werden, um Engagement sicher und qualifiziert zu gestalten. In Krisenzeiten wollen wir Hilfsinitiativen durch Notfallfonds und logistische Unterstützung stärken.

Wir streben eine Gemeinschaft an, in der Solidarität gelebte Normalität ist. Dazu gehört auch, dass Kommunen und lokale Unternehmen Ehrenamt durch Freistellungen oder Partnerschaften unterstützen.
Ein Landkreis, in dem Ehrenamt selbstverständlich ist, ist ein Landkreis, der zusammenhält: solidarisch, vielfältig und menschlich.

Damit Dein Einsatz zählt und fair anerkannt wird:

- **Setzen wir uns dafür ein, dass Fahrt und Verpflegungskosten für Ehrenamtliche übernommen werden und alle Ehrenamtliche einen Versicherungsschutz erhalten.**
- **Wir wollen den Zugang zur Ehrenamtscard erleichtern, Bürokratie abbauen und digitale Hilfen für Ehrenamtliche schaffen.**
- **Wir unterstützen Soziale Einrichtungen beim Aufbau von Ehrenamtsstrukturen.**
- **Wir setzen uns für die Erweiterung und attraktive Gestaltung der Ehrenamtskarte im Landkreis ein und stärken Fortbildung und Beratung für Engagierte.**

Mehr Raum für Sport, Spiel und Begegnung

Sport ohne Leistungsdruck bringt Menschen zusammen und bietet Raum für gemeinsame Erfahrungen. Sportvereine sind Orte erfolgreicher Integration und guter Präventionsarbeit bei Kindern und Jugendlichen. Sie unterstützen diese in ihrer körperlichen, psychischen und sozialen Entwicklung. Hier geht es auch um die Vermittlung von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness. Kinder und Jugendliche müssen in ihrer freien Entwicklung unterstützt werden. Dafür braucht es verlässliche Schutzstrukturen, insbesondere vor sexuellen Übergriffen. Die Kommunen sind in der Verantwortung, diesen Schutz professionell zu gewährleisten und zu fördern.
Auch die Spätfolgen der Corona-Krise zeigen noch immer, wie wichtig Sportangebote für das gesellschaftliche Zusammenleben sind. Viele weggebrochene Angebote sind bis heute nicht wiederhergestellt. Die Sportvereine müssen bei der Zusammenarbeit mit den Schulen vor Ort stärker unterstützt werden.
Angesichts einer immer älter werdenden Gesellschaft dienen Sportvereine der Gesundheit und beugen Vereinsamung vor. Dafür müssen Sportstätten und Schwimmbäder zeitgemäß, barrierearm und ökologisch sinnvoll saniert und ausgebaut sowie finanzielle Mittel für Sportgeräte bereitgestellt werden. Die Unterfinanzierung durch Bund und Land schlägt sich bei den freiwilligen Leistungen, zu denen auch der Sport gehört, in den Kommunen drastisch nieder. Wir brauchen eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen.

Für eine Kultur für alle

Kunst und Kultur eröffnet neue Räume im Denken und Handeln und wirft immer wieder die Frage auf: Wie wollen wir zusammenleben? Die Künste, kulturelle Bildung, Erinnerungskultur sind unverzichtbar für eine lebendige Demokratie. Kultur ist auch Teil der öffentlichen Grundversorgung. Vielfalt im Kulturbereich nutzt allen, sie ermöglicht neue Perspektiven. Dazu braucht es partizipative Freiräume für Kinder und Jugendliche wie soziokulturelle Zentren, migrantische Kultur, urbane Clubkultur, Vereinskultur, kommunale Kinos und Theater sowie Orchester. Wir brauchen Orte kultureller Bildung, Bibliotheken ebenso wie Räume für experimentelle Künste und museale Einrichtungen. Im ländlichen Raum können nicht alle diese Angebote vor Ort sein. Daher setzen wir uns auch dafür ein, den ÖPNV zu stärken und so Kultur für alle “erfahrbar” zu machen.

Grundhaltungen der Kulturpolitik

Unsere Kulturpolitik orientiert sich an drei zentralen Prinzipien: Erstens soll kulturelles Leben durch eine Vielfalt an Trägern und Themen geprägt sein. Zweitens fördern wir ideell und finanziell neue künstlerische Ausdrucksformen. Drittens setzen wir uns für die breite Beteiligung aller kulturell Interessierten ein, indem wir regionale, nationale und europäische Förderprogramme bekannt machen und zugänglich machen. Besonders wichtig ist uns dabei die kulturelle und künstlerische Entfaltung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Kulturelle Teilhabe

Kulturelle Teilhabe hängt stark von Bildung, freier Zeit, Mobilität, finanziellen Mitteln und einem Gefühl der Zugehörigkeit ab. Viele Menschen bleiben trotz kostenloser Angebote ausgeschlossen, weil ihnen die Voraussetzungen fehlen, sie wahrzunehmen. Das verstärkt soziale Ungleichheit und muss bei Veränderungen mitgedacht werden.
Kunst und Kultur sind kein Luxus, der nur da ist, wenn genug Geld vorhanden ist, sondern ein wichtiger Teil unseres Lebens. Deshalb geht es darum, dass alle Menschen im Landkreis Kassel am kulturellen Leben teilhaben können.

Förderung junger Menschen und Kulturangebote

Wir unterstützen und organisieren Projekte, in denen junge Menschen ihr Verständnis von Kultur und Kunst selbst gestalten können. Initiativen für ähnliche Projekte fördern wir mit Sachverstand und politischer Begleitung. Wir unterstützen Jugendmusik-, Jugendkunst- und Jugendliteratur Veranstaltungen. Wir setzen uns für den Ausbau internationaler Städtepartnerschaften, den Austausch junger Menschen und Kunstschaffender sowie den Erhalt und die Förderung von Ateliers, Musikschulen, Volkshochschulen, Bibliotheken und soziokulturellen Zentren ein. Außerdem fördern wir Kunst- und Musikerziehung in Bildungseinrichtungen, Nischenkultur und selbstverwaltete Non-Profit-Kultureinrichtungen.

Arbeitsbedingungen im Kulturbereich

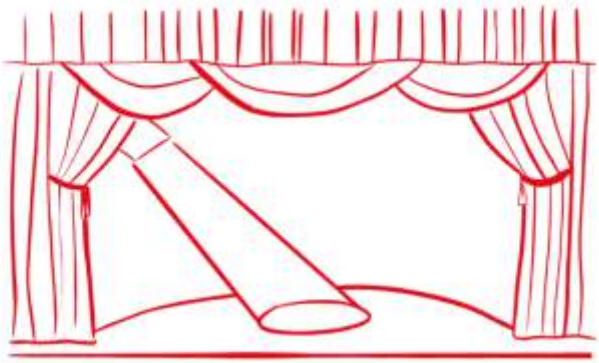
Kürzungen der Förderung, Schließungen oder Privatisierungen von öffentlichen Einrichtungen und Personalabbau schwächen den öffentlichen Kultursektor. Befristete, schlecht vergütete Arbeitsverhältnisse und ein hoher Anteil befristeter Projektförderung verhindern Rücklagenbildung. Das führt insbesondere in der freien Szene zu prekären Lebensverhältnissen. Wir fordern die Koppelung öffentlicher Fördermittel an eine gute, existenzsichernde Vergütung, gute Arbeitsbedingungen und Gendergerechtigkeit. Wir setzen uns für branchenspezifische Mindesthonorare und Ausstellungshonorare für Kunstschaffende ein.

Damit du Kultur erleben kannst – überall und für alle:

- **Stärken wir Kultur als Teil der öffentlichen Grundversorgung und sichern kulturelle Vielfalt.**
- **Ermöglichen wir den Zugang zur Kultur durch besseren öffentlichen Nahverkehr und gezielte Teilhabe-Strategien.**
- **Wollen wir öffentliche Kulturförderung an existenzsichernde Arbeitsbedingungen und branchenspezifische Mindesthonorare koppeln.**
- **Werden wir Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gezielt in ihrer kulturellen Entfaltung unterstützen.**
- **Unterstützen wir selbstorganisierte, nicht-kommerzielle Kulturprojekte und Nischenkultur, wollen diese aktiv fördern und politisch begleiten.**

Ohne Linke kein Theater

Kultur für alle



Für eine klimagerechte Wirtschaft und konsequenten Klimaschutz

Die Klimakrise zeigt deutlich, dass unendliches Wachstum nicht möglich ist, ohne dabei die Umwelt und die natürlichen Lebensgrundlagen massiv zu zerstören. Ein Wirtschaftssystem, das nur auf Profit setzt und dabei soziale sowie ökologische Folgen ignoriert, führt unausweichlich zur Krise.
Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, braucht es einen grundsätzlichen Umbau – von global zu regional, von Profit zu Gemeinwohl, von Ressourcenverbrauch zu Nachhaltigkeit. Wir bekennen uns zu den notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen auf dem Weg zur Klimaneutralität und versuchen, die Herausforderungen im Gegensatz zu anderen Parteien nicht kleinzureden. Uns ist es wichtig, dass die Transformation nicht zu Lasten der ärmsten Gesellschaft geht, deswegen kann Klimaschutz und Sozialpolitik nur Hand in Hand gehen.
Wir setzen uns für kürzere Lieferketten ein und wollen regionale Zulieferer fördern. Unser lokaler Einzelhandel muss gegenüber diversen Online-Riesen unterstützt werden. Es soll verhindert werden, dass große Onlinehändler ihre Gewinne ins Ausland verschieben, um hier keine Steuern zu zahlen. Statt weiterer Logistikzentren auf der grünen Wiese, brauchen wir lebendige Innenstädte mit vielfältiger Gastronomie, die auch in Krisenzeiten die Versorgung sichert.

Landwirtschaft und Ernährung

Wir stärken regionale Wirtschaftskreisläufe. Unser Ziel: mehr Wochenmärkte statt Abhängigkeit vom Weltmarkt. Der Landkreis kann durch ein Förderprogramm dafür sorgen, dass Mensen und Kantinen verstärkt regionale, saisonale und biologische Produkte anbieten. Zusätzlich wollen wir Anreize schaffen, um pflanzliche Alternativen stärker zu fördern. Unser Ziel ist es, dass der Pro-Kopf-Fleischkonsum im Landkreis sinkt, um Tierleid zu vermeiden und Ressourcenverbrauch zu senken.
Die Linke setzt sich aktiv dafür ein, dass der Landkreis als Mitgesellschafter der Hessischen Landgesellschaft wertvolle landwirt-

Müll vermeiden – Ressourcen schützen

Unsere Gesellschaft produziert riesige Mengen an Müll, das ist kein Zufall, sondern Folge eines Wirtschaftssystems, das auf schnellen Konsum und kurze Lebensdauer von Produkten setzt. Viele Dinge lassen sich kaum oder gar nicht reparieren. Das belastet deinen Geldbeutel sowie die weltweite Umwelt, Klima und unsere Gesundheit.
Eine sozial gerechte Umweltpolitik muss deshalb auf Müllvermeidung, Wiederverwendung und echtes Recycling setzen. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass innovative Konzepte wie Repair-Cafés oder Leih-Läden vom Landkreis gefördert und in dem Bereich ehrenamtlich engagierte Menschen unterstützt werden.

Damit aus Resten Zukunft wächst

Pflanzenkohle entsteht durch die Verkohlung von Biomasse unter Sauerstoffausschluss. In der Landwirtschaft verbessert sie die Bodenstruktur, speichert Wasser und Nährstoffe, fördert Mikroorganismen und bindet langfristig CO_2. Dadurch steigert sie die Bodenfruchtbarkeit und leistet einen Beitrag zum Klimaschutz. Der Aufbau eines Pyrolysewerks im Landkreis ist somit ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität des Landkreises, sowohl im Bereich Landwirtschaft als auch der Abfallentsorgung.

Öffentliche Einrichtungen in Verantwortung nehmen

Lokale Abfallvermeidungskonzepte sind notwendig, um Abfallvermeidung systematisch in jeder Kommune zu fördern und Maßnahmen strategisch zu bündeln, zu koordinieren und an langfristigen Zielen auszurichten.
Dazu gehört die systematische Erfassung bestehender Maßnahmen sowie deren Umsetzung und die Erstellung und Ausgestaltung eines Abfallvermeidungskonzepts.
Dies erlaubt es, gezielt Stärken und Schwächen herauszuarbeiten und diese weiterzuentwickeln.
Ziel ist es, dass Kommunen sich Reduktionsziele für verschiedene Abfallströme setzen, die von Politik und Verwaltung bestätigt und getragen werden. Diese Ziele sollten für die gesamte Verwaltung, nicht nur den Abfallwirtschaftsbetrieb, bindend sein. Die Verwaltung muss mit gutem Beispiel vorangehen und beispielsweise im Bereich der Beschaffung und bei Veranstaltungen Langlebigkeit und Müllvermeidung berücksichtigen und öffentlich kommunizieren.

Damit Ressourcen bleiben, wo sie hingehören:

- **Fordern wir die konsequente Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes des Landkreises.**
- **Setzen wir uns für Ressourcenschonung und Langlebigkeit als zentrale Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung anstatt kurzfristiger Einsparungen ein.**
- **Machen wir uns stark für Mehrwegsysteme bei allen Veranstaltungen und Festen im öffentlichen Raum.**
- **Fordern wir die langfristige Sicherung der Arbeitsplätze im Eigenbetrieb „Regionale Abfallentsorgung“.**
- **Stehen wir für eine regionale Abfallverwertung zur Energiegewinnung.**
- **Erteilen wir dem „Mülltourismus“ eine klare Absage: Abfälle aus dem Landkreis dürfen nicht in andere Regionen oder Länder exportiert werden.**

Regionale Energieproduktion

Wir wollen den Ausbau regionaler erneuerbarer Energien fördern und in kommunaler oder genossenschaftlicher Hand. Ziel ist, den regionalen Energiebedarf im Jahresmittel selbst zu decken.
Einnahmen aus regionalen Energieprojekten sollen vor Ort bleiben. Deswegen möchten wir Bürgerenergiegenossenschaften organisatorisch und finanziell unterstützen. Wir fordern staatliche Unterstützung für energetische Sanierungen. Zur Miete lebende dürfen dabei nicht zusätzlich belastet werden.

Der Landkreis als Arbeitgeber und Auftraggeber

Der Landkreis trägt eine besondere Verantwortung als Arbeitgeber und bei öffentlichen Aufträgen. Investitionen in Infrastruktur, Schulen, Verkehr und Gesundheitswesen sollen an sozialverträgliche Arbeitsbedingungen und ökologische Standards gebunden sein.
Die Linke fordert, zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand zu belassen und privatisierte Einrichtungen zurückzuführen.

Naturschutz

Naturschutz ist aktiver Klimaschutz. Wälder, Moore und Schutzgebiete speichern CO_2, bieten Rückzugsräume für Tiere und Pflanzen und tragen zur Abkühlung in Hitzeperioden bei. Der Landkreis Kassel hat die Verantwortung, diese Lebensräume zu erhalten, wiederherzustellen und auszubauen. Dazu gehört auch, den Flächenverbrauch zu begrenzen und Ausgleichsflächen zu sichern. Wir setzen uns deshalb für die Stärkung bestehender Schutzflächen ein, für die Unterstützung von Naturparks wie dem Reinhardswald und dem Kaufunger Wald und für eine enge Zusammenarbeit mit allen Naturschutzverbänden vor Ort.

Damit Du in einer lebenswerten und grünen Umgebung leben kannst:

- **Werden wir Naturschutzgebiete erhalten und ausbauen und die Naturparks wie Reinhardswald und Kaufunger Wald stärken.**
- **Wir wollen Moore, Wälder und Gewässer renaturieren, um Klima und Artenvielfalt zu schützen und den Hochwasserschutz ganzheitlich umsetzen.**
- **Wir werden die Zusammenarbeit mit lokalen Naturschutzverbänden fördern.**
- **Dazu muss der Flächenverbrauch verringert und ökologische Ausgleichsflächen gesichert werden.**
- **Erteilen wir dem „Mülltourismus“ eine klare Absage: Abfälle aus dem Landkreis dürfen nicht in andere Regionen oder Länder exportiert werden.**

Klimaanpassung

Die Folgen der Klimakrise lassen sich bis zu einem gewissen Grad nicht mehr aufhalten und wir als Gesellschaft müssen uns anpassen. Menschen müssen vor Extremhitze und Überschwemmungen geschützt werden und Ökosysteme sowie landwirtschaftliche Flächen brauchen Anpassung an die zunehmende Dürregefahr. Wir müssen jetzt handeln, bevor die Folgen der Klimakrise noch viel stärker auftreten als ohnehin schon. Deswegen soll der Landkreis ein Klimaanpassungskonzept mit konkreten Indikatoren entwickeln und in Zusammenarbeit mit den Kommunen Maßnahmen umsetzen. Außerdem fordern wir, dass die Bewohner:innen des Landkreises über Öffentlichkeitsarbeit darüber informiert werden, welche Maßnahmen sie selbst ergreifen können.

Gemeinsam gestalten

Es gibt keine einfachen Lösungen. Der Transformationsprozess wird im Dialog mit Zivilgesellschaft, Klimabewegung, Gewerkschaften und Wirtschaft gestaltet. Die Zeit drängt, denn Klimaschutz ist eine Aufgabe für uns alle.

Damit du und nicht die Konzerne von der Energiewende profitierst:

- **Fördern wir den Umbau der Wirtschaft hin zu regionalen, gemeinwohlorientierten Strukturen mit kürzeren Lieferketten.**
- **Wollen wir die Förderung regionaler Landwirtschaft und pflanzlicher Alternativen durch öffentliche Programme.**
- **Unterstützen wir den Ausbau erneuerbarer Energien in kommunaler oder genossenschaftlicher Hand, sodass die Einnahmen vor Ort bleiben.**
- **Wir stehen für soziale und ökologische Standards bei allen öffentlichen Aufträgen des Landkreises.**
- **Wir wollen die Gestaltung des Klimaschutzes im Dialog mit Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Wirtschaft.**

Unsere Verantwortung für eine solidarische Wirtschaft

Wenn wir über die Zukunft der Wirtschaft hier bei uns sprechen, geht es nicht um die anonymen Kräfte globaler Märkte, die von Konzerninteressen und Renditen bestimmt werden. Es geht um Verantwortung vor Ort, um die Menschen, die hier leben und arbeiten, um kleine Betriebe, die das Rückgrat unserer Region bilden, und um Gemeinden, die ihren Handlungsspielraum nutzen können.
Viele Rahmenbedingungen entstehen auf Bundes- und Europaebene. Doch auch wir hier vor Ort können viel bewegen: bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, in der Wirtschaftsförderung, in der Beratung und bei der Gestaltung von Infrastruktur. Diese Entscheidungen bestimmen, ob die Binnennachfrage gestärkt oder geschwächt wird. Wenn wir diese Chancen gemeinsam nutzen, schaffen wir neue Wertschöpfung, soziale Sicherheit und mehr Gerechtigkeit. Wirtschaftliche Stärke und Solidarität gehören zusammen.

Binnennachfrage ist die Summe aller Waren und Dienstleistungen, die in einer Region selbst gekauft, investiert und ausgegeben wird.

Lokale Realität und gemeinsames Handeln

Der wirtschaftliche Wandel ist längst spürbar. Wenn kleine Betriebe wie Bäckereien, Werkstätten oder Läden aufgeben müssen, verliert eine Gemeinde mehr als Arbeitsplätze. Sie verliert Begegnungsorte, Handwerkskultur und Lebensqualität.
Zu lange wurden große Konzerne bevorzugt, während kleine und mittlere Unternehmen im Schatten blieben. Die Folgen sind deutlich: sinkende Binnennachfrage, weniger Ausbildungsmöglichkeiten und zunehmende Abhängigkeit von globalen Entscheidungen. Der geplante Stellenab- und Umbau bei Volkswagen in Baunatal steht stellvertretend für viele Herausforderungen, die Regionen wie unsere betreffen.
Mit jedem Arbeitsplatz, der verloren geht, bricht ein Stück Stabilität weg. Der Wandel zu elektrischen Antrieben verändert ganze Produktionsketten, weil weniger Bauteile benötigt werden. Gleichzeitig bedrohen Automatisierung und Künstliche Intelligenz viele Tätigkeiten im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich.
Ohne gemeinsames Gegensteuern droht eine Entwicklung, die wir schon aus anderen Regionen kennen: Abwanderung, Leerstand, Stillstand. Doch mit Entschlossenheit, Mut und klaren Zielen können wir den Wandel gestalten. Wir stehen für eine Region, die Zukunft hat, weil sie zusammenhält.

Gute Arbeit, Gleichstellung und Sicherheit

Der Wandel darf nicht auf Kosten der Beschäftigten gehen. Unsichere Verträge, befristete Stellen und Leiharbeit nehmen zu. Eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn und Personalausgleich kann Beschäftigung sichern und die Lebensqualität deutlich verbessern.
Frauen leisten den größten Teil der Sorgearbeit, arbeiten häufiger in Teilzeit und verdienen weniger. Wenn wir nicht gegensteuern, verstärken sich alte Ungleichheiten und Altersarmut droht. Deshalb brauchen wir klare Gleichstellungsziele und verbindliche Quoten und zwar dort, wo wir Einfluss haben: in der Kreisverwaltung, in kreiseigenen Betrieben und Einrichtungen.
Beratungsstellen, die Frauen bei Fragen zu Arbeit, Existenzsicherung und Schutz vor Gewalt unterstützen, müssen dauerhaft abgesichert werden. Bildung, Kultur und Freizeitangebote sollten so gestaltet sein, dass sie Frauen echte Teilhabe und berufliche Perspektiven ermöglichen. Auch Sorge- und Pflegeberufe verdienen endlich Anerkennung – mit besserer Bezahlung, guter Qualifizierung und sicheren Arbeitsverträgen.
So entsteht eine gerechte Wirtschaft, die alle stärkt und niemanden zurücklässt.

Wirtschaft im Sinne des Gemeinwohls

Andere Städte zeigen, wie es gehen kann. Dort bleiben öffentliche Gelder in der Region, Aufträge gingen an lokale Betriebe, neue Genossenschaften entstanden, Arbeitsplätze wurden gesichert.
Auch wir können diesen Weg gehen, mit unseren eigenen Stärken und Ideen.

Niemand darf im Wandel verloren gehen

Der wirtschaftliche Umbruch trifft Menschen unterschiedlich stark. Junge Menschen verlieren Ausbildungsplätze, ältere Beschäftigte finden schwerer neue Arbeit. Menschen mit Behinderung sind auf barrierearme Arbeitsplätze angewiesen, die in Zeiten von Rationalisierung oft als erste verschwinden.
Migrantische Beschäftigte sind häufig in prekären Branchen tätig und erleben zusätzlich Diskriminierung. Auch queere Menschen stoßen am Arbeitsplatz noch immer auf Ausgrenzung.
Arbeit darf nie Zwang sein! Es ist in unser aller Interesse, uns dagegen zu wehren. Wir lehnen Pflichtarbeitsprogramme für Geflüchtete und Bürgergeldempfangende ab. Teilhabe entsteht durch Bildung, Qualifizierung und faire Bezahlung, nicht durch Zwang und Sanktionen.
Damit niemand ausgeschlossen wird, brauchen wir gezielte Strategien: unabhängige Beratungsstellen, barrierearme Infrastruktur, Anerkennung von Qualifikationen, Ausbildungsförderung und eine konsequente Verankerung von Antidiskriminierung in allen Einrichtungen.
So wird Wirtschaftsförderung zu einem Werkzeug für soziale Gerechtigkeit und gelebte Solidarität.

Damit unsere Wirtschaft hier vor Ort stark bleibt:

- **Sollen öffentliche Aufträge vorrangig an kleine und mittlere Unternehmen, Handwerksbetriebe und Genossenschaften vergeben werden.**
- **Wir werden neue Genossenschaften in den Bereichen Energie, Mobilität, Kultur und Pflege fördern.**
- **Setzen wir uns dafür ein, dass regionale Lieferketten gestärkt werden, um Binnennachfrage und wirtschaftliche Stabilität zu sichern.**
- **Entwickeln wir unsere Region zu einem Vorbild für gemeinwohlorientierte und demokratische Wirtschaftsentwicklung.**
- **Wirtschaftsförderung soll den Menschen dienen, nicht Konzernen. Wer hier arbeitet, lebt und zahlt, soll auch vom gemeinsamen Erfolg profitieren.**

Nachhaltiger Tourismus als Teil regionaler Stärke

Tourismus kann Arbeitsplätze sichern und regionale Wertschöpfung fördern, aber nur, wenn er nachhaltig gestaltet wird. Statt auf Massenandrang setzen wir auf Qualität, Umweltbewusstsein und regionale Bindung.

Wir wollen individuelle, familienfreundliche Angebote, die kulturelle Vielfalt, Geschichte und Natur miteinander verbinden. Hier bei uns gibt es viel zu entdecken – vom Diemeltal bis ins Weserbergland. Dafür braucht es gut vernetzte Betriebe und eine gezielte Förderung der touristischen Infrastruktur.

Damit du die Schönheit unserer Region erleben kannst:

- **Werden wir nachhaltige und regionale Tourismusangebote fördern und kulturelle und historische Orte stärken.**
- **Wir werden Infrastruktur vom Diemeltal bis ins Weserbergland ausbauen und neue ökologische Projekte wie Green Trails fördern, dazu wollen wir die Einnahmen aus dem Tourismus in der Region halten.**
- **Dieses verbinden wir mit vielfältigen und barrierearmen Angeboten.**

Green Trails - Gemeinschaftsprojekt von 15 Kommunen in Waldeck-Frankenberg mit rund 400 km Streckennetz und Gewinner des Tourismuspreises 2025.
Vielfältige Routen, Lernstationen und barrierearme Zugänge für alle Alters- und Leistungsstufen.
Nachhaltig geplant, gebaut und gepflegt mit Fokus auf Artenschutz und regionale Materialien.Die kostenlose Green Trails-App bietet Karten, Streckeninfos und Schadensmeldungen.

Zukunft gestalten, solidarisch und gerecht

Der Wandel ist da. Aber wir können entscheiden, wie wir ihm begegnen.
Kurzfristig braucht es Soforthilfen und unabhängige Beratung für alle, die vom Stellenabbau betroffen sind. Kleine und mittlere Unternehmen müssen über einen Härtefallfonds abgesichert werden. Öffentliche Aufträge sollen gezielt an regionale Betriebe gehen, damit die Binnennachfrage gestärkt wird.
Mittelfristig kann eine regionale Strukturwandelagentur Verwaltung, Gewerkschaften, Wirtschaft und Hochschule vernetzen. Sie kann Weiterbildung fördern, neue Branchen aufbauen und Wissen teilen.
Langfristig wollen wir unsere Region zu einem Vorbild der Mobilitätswende machen. Hier entstehen Produktion, Forschung und Infrastruktur rund um öffentliche Verkehrsmittel und nachhaltige Mobilität. Gleichzeitig werten wir Sorgearbeit auf, sichern Gleichstellung und stärken soziale Infrastruktur.
Investitionen in schnelles Internet, in den Nahverkehr und in Gewerbeflächen für kleine und mittlere Betriebe sind der Schlüssel. Wenn wir zusammenhalten und handeln, können wir zeigen, dass eine andere Wirtschaft möglich ist: solidarisch, demokratisch und menschlich.

Niemand darf im Wandel verloren gehen

Der wirtschaftliche Umbruch trifft Menschen unterschiedlich stark. Junge Menschen verlieren Ausbildungsplätze, ältere Beschäftigte finden schwerer neue Arbeit. Menschen mit Behinderung sind auf barrierearme Arbeitsplätze angewiesen, die in Zeiten von Rationalisierung oft als erste verschwinden.
Migrantische Beschäftigte sind häufig in prekären Branchen tätig und erleben zusätzlich Diskriminierung. Auch queere Menschen stoßen am Arbeitsplatz noch immer auf Ausgrenzung.
Arbeit darf nie Zwang sein! Es ist in unser aller Interesse, uns dagegen zu wehren. Wir lehnen Pflichtarbeitsprogramme für Geflüchtete und Bürgergeldempfangende ab. Teilhabe entsteht durch Bildung, Qualifizierung und faire Bezahlung, nicht durch Zwang und Sanktionen.
Damit niemand ausgeschlossen wird, brauchen wir gezielte Strategien: unabhängige Beratungsstellen, barrierearme Infrastruktur, Anerkennung von Qualifikationen, Ausbildungsförderung und eine konsequente Verankerung von Antidiskriminierung in allen Einrichtungen.
So wird Wirtschaftsförderung zu einem Werkzeug für soziale Gerechtigkeit und gelebte Solidarität.

Damit unsere Wirtschaft hier vor Ort stark bleibt:

- **Sollen öffentliche Aufträge vorrangig an kleine und mittlere Unternehmen, Handwerksbetriebe und Genossenschaften vergeben werden.**
- **Wir werden neue Genossenschaften in den Bereichen Energie, Mobilität, Kultur und Pflege fördern.**
- **Setzen wir uns dafür ein, dass regionale Lieferketten gestärkt werden, um Binnennachfrage und wirtschaftliche Stabilität zu sichern.**
- **Entwickeln wir unsere Region zu einem Vorbild für gemeinwohlorientierte und demokratische Wirtschaftsentwicklung.**
- **Wirtschaftsförderung soll den Menschen dienen, nicht Konzernen. Wer hier arbeitet, lebt und zahlt, soll auch vom gemeinsamen Erfolg profitieren.**

Solidarisch finanzieren, gerecht gestalten

Schluss mit Sparzwang von oben

Artikel 28 des Grundgesetzes garantiert den Gemeinden das Recht, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Doch in der Realität fehlt vielen Kommunen längst das Geld dazu. Jahrzehnte der Kürzungen, Steuergeschenke für Reiche und die Schuldenbremse haben Städte und Gemeinden an den Rand der Handlungsunfähigkeit gebracht.

Das Öffentliche muss wieder stark werden

Kommunen können und dürfen nach der Hessischen Gemeindeordnung wirtschaftlich aktiv sein, wenn sie damit einen öffentlichen Zweck verfolgen – also z. B. bezahlbares Wohnen, gute Gesundheitsversorgung oder klimafreundliche Energieversorgung sichern. Statt weiter auf Privatisierungen zu setzen, müssen Kommunen ihre wirtschaftliche Kraft wieder selbst nutzen dürfen.
Damit Kommunen handlungsfähig bleiben, braucht es nicht nur mehr Einnahmen, sondern auch mehr Gestaltungsspielraum. Der Landkreis soll sich im Hessischen Landtag für eine gerechte Finanzausstattung und die Abschaffung der Schuldenbremse einsetzen. Auch eine gerechte Erbschaftssteuer entlastet kleine und mittlere Erbende, nimmt große Vermögen stärker in die Pflicht und sorgt dafür, dass Wohlstand der Gesellschaft zugutekommt. Nicht das Haus deiner Familie ist gemeint, sondern die millionenschweren Erbschaften, die über Schlupflöcher verborgen und damit der Gesellschaft unterschlagen werden. Gleichzeitig gilt es, die eigene Wirtschaftskraft zu stärken, damit Gewinne wieder vor Ort bleiben.
Unser Ziel ist eine solidarische, handlungsfähige Kommune, die ihre Aufgaben wieder selbst in die Hand nimmt. Dies wird finanziert durch gerechte Steuern, kommunale Eigenwirtschaft und demokratische Kontrolle.
Denn: Das Problem ist nicht, dass kein Geld da ist, sondern wer über die Verteilung entscheidet.

Unsere Antwort, wenn es um Bezahlbarkeit geht:

- **Eigene Wirtschaftskraft statt Abhängigkeit:**
  Gewinne aus kommunalen Energie-, Wasser- oder Verkehrsbetrieben müssen wieder vor Ort bleiben. Es braucht sogenannte Querverbünde für eine faire Finanzierung des öffentlichen Lebens.
- **Öffentliche Infrastruktur unter demokratischer Kontrolle:**
- **Wir beenden teure und intransparente PPP-Projekte. Schulen, Straßen, Energie und Netze sollen wieder öffentlich betrieben und demokratisch kontrolliert werden.**
- **Faire Steuern und klare Regeln:**
- **Wir fordern eine Vermögenssteuer für Millionäre und eine gerechtere Kommunalwirtschaftssteuer, damit Reichtum wieder dort ankommt, wo er gebraucht wird.**
- **Transparente und wirtschaftliche Verwaltung:**
- **Kommunale Unternehmen sollen effizient und gemeinwohlorientiert arbeiten statt profitorientiert. Durch jährliche Berichte und öffentliche Kontrolle bleibt transparent, wie Mittel eingesetzt werden.Kommunale Unternehmen arbeiten effizient mit sozialem Ziel und nicht nach Profitlogik. Durch jährliche Beteiligungsberichte und öffentliche Kontrolle bleibt nachvollziehbar, wie das Geld eingesetzt wird.**

Antifaschismus ist Verantwortung und Solidarität

“Ich frage mal die Ganzen, die da draußen rumlaufen, Antifa und gegen Rechts: Wo waren die denn, als Walter Lübcke in Kassel ermordet worden ist von einem Rechtsradikalen?” – Friedrich Merz stellte diese polemische Frage im Wahlkampf 2025. Wir können mit Fug und Recht sagen: Wir waren da, als Walter Lübcke ermordet wurde. Wir sind auf die Straßen gegangen, um ein Zeichen gegen Hass und rechte Gewalt zu setzen. Wir waren da, als Rechtsextreme weitere Menschen bedrohten, angriffen und töteten und wir werden weiter da sein. Wir zeigen Haltung, wenn andere schweigen, und stehen ein für eine offene und solidarische Gesellschaft, die dem Faschismus entschlossen entgegentritt.
In einer Zeit, in der die CDU längst auf gefährlich engem Kurs mit einer als gesichert rechtsextrem eingestuften Partei fährt, in der die Sozialdemokraten Gesetze mittragen, die soziale Rechte und Grundfreiheiten abbauen, und in der rechte Narrative wieder salonfähig werden, braucht es mehr denn je Menschen, die Haltung zeigen. Antifaschismus ist kein Randthema. Er ist gelebter Verfassungsschutz!

Für ein Zusammenleben ohne Angst und Ausgrenzung

Stell dir vor, wir leben in einer Gesellschaft, in der Herkunft keine Rolle spielt. In der Nachbarschaften vielfältig sind und in der niemand Angst haben muss, anders zu sein. Wo Kinder in Schulen voneinander lernen, statt sich voneinander abzugrenzen, und wo Unterschiede Neugier statt Misstrauen auslösen.
Eine solche Gesellschaft ist weiterhin möglich, wenn wir Ungerechtigkeit nicht hinnehmen, sondern ihr entschlossen entgegentreten. Rassismus und Diskriminierung begegnen uns ständig in Alltagssituationen. Wer der gesellschaftlichen Norm entspricht, erlebt solche Diskriminierung nicht selbst. Sie haben herabwürdigende Verallgemeinerungen, negative Zuschreibungen zu bestimmten Nationalitäten oder das Meiden von Nachbarschaftskontakten nie erfahren. Doch sie sind alltägliche Einstiegspunkte in gesellschaftliche Spaltung.
Solche Einstellungen bilden die Grundlage für verfestigte rechte Weltbilder in verschiedenen Ausprägungen. Sie sind national orientiert, verschwörungstheoretisch und/oder militant. Sie finden sich in Vereinen, Stammtischen oder Kameradschaften und manifestieren sich in öffentlichen Aufmärschen. Gemeinsamer Nenner ist die Diskriminierung von Menschen, die nicht in das Bild dieser Gruppen passen. Identitätsstiftender, gemeinschaftlicher Hass und Hetze auf Andere waren auch bei der Etablierung der NSDAP und andere faschistische Regime ein verbindendes Element.
Heute richtet sich dieser Hass erneut gegen queere Menschen, gegen Frauen, gegen Menschen mit Behinderung und gegen alle, die für Vielfalt und Selbstbestimmung stehen. Rechte Bewegungen versuchen gezielt, erkämpfte Rechte zurückzudrängen, sei es beim Schutz vor Diskriminierung, bei reproduktiver Gesundheit, bei der Sichtbarkeit von trans und inter Menschen oder beim selbstbestimmten Leben von Menschen mit Behinderung.
Dem stellen wir unsere Werte von Offenheit, Solidarität und Demokratie entgegen. Antifaschismus ist kein Linker Kampfbegriff. Es ist unsere kollektive Verantwortung zum Erhalt einer menschengerechten Gesellschaft. Kein Mensch darf herabgewürdigt oder diskriminiert werden.

Es gibt kein ruhiges Hinterland!

Rechtsextreme Akteure versuchen gezielt, sich in ländlichen Räumen zu verankern. Das Strategiepapier der AfD beschreibt, wie sie über vermeintlich unpolitische Vereine, Dorfgemeinschaften und lokale Initiativen gesellschaftlichen Einfluss gewinnen will. Damit soll ein Klima entstehen, in dem rechtsextreme Positionen normal wirken. In Nordhessen zeigt sich diese Entwicklung bereits deutlich: Rechtsradikale und -extreme Schmierereien, Angriffe auf Gedenkorte und Bedrohungen gegen Engagierte nehmen zu. Solche Taten sind keine Einzelfälle, sondern Ausdruck einer zunehmend organisierten rechten Szene, die versucht, Angst zu verbreiten und öffentliche Räume zu besetzen.
Der Landkreis muss diesen Bestrebungen entschieden entgegentreten, demokratische Strukturen im ländlichen Raum stärken und zivilgesellschaftliche Netzwerke gezielt fördern.

Bildung und Aufklärung stärken

Wir setzen auf wirksame antirassistische Bildung und Sensibilisierung. Schulen, Vereine und Jugendeinrichtungen sollen Projekte und Workshops zu Kolonialismus, strukturellem Rassismus, Alltagsrassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit erhalten. Dabei bevorzugen wir tiefgehende Programme wie das MBT Hessen (Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus für demokratische Kultur in Hessen e.V.), welche nachhaltige Strukturen schaffen.

Damit du gehört wirst, wenn du Unrecht erlebst:

- **Stärken wir Projekte gegen Rassismus und Diskriminierung durch einen eigenen Fonds im Jugend- und Sozialbereich.**
- **Fordern wir verpflichtende Fortbildungen für Mitarbeitende in Verwaltung, Schulen und Jugendarbeit zu interkultureller Kompetenz, Diskriminierungssensibles Handeln und Anti-Rassismus.**
- **Setzen wir uns für die Förderung und Unterstützung von Beratungsangeboten für Betroffene rassistischer Gewalt und Diskriminierung ein.**
- **Fordern wir einen jährlichen Bericht über rassistische Vorfälle in Kooperation mit unabhängigen Beratungsstellen.**
- **Bringen wir die Einrichtung eines anonymen und niedrigschwelligen Rassismus-Meldesystems, auch digital, auf den Weg.**

Verwaltung und Politik als Vorbild

Antirassismus muss als Querschnittsaufgabe in allen kommunalen Bereichen verankert werden. Verwaltungshandeln wird auf Diskriminierung überprüft, Zuständigkeiten und Budgets für Antirassismus-Beauftragte werden klar geregelt. Wir setzen auf Transparenz und aktive Kontrolle, damit demokratische Entscheidungen wirklich allen zugutekommen.

Damit du Vertrauen in Politik und Verwaltung haben kannst:

- **Setzt sich die Linke für einen Antirassismus-Beauftragte im Landratsamt mit klarer Zuständigkeit und Budget ein.**
- **Wollen wir die Überprüfung der Verwaltung auf Diskriminierung durch unabhängige Stellen.**
- **Stehen wir für eine Null-Toleranz-Politik bei rechtsextremen Tendenzen in Kommunalbehörden.**
- **ist für uns klar, dass gemeinnützige Vereine und Organisationen müssen ausdrücklich antifaschistische Haltung in ihren Satzungen ausdrücken dürfen.**
- **Fordern wir, dass der Landkreis Betriebe und Unternehmen, die Haltung gegen Faschismus einnehmen, im Fall einer schädlichen Kampagne schützen und unterstützen muss.**

Willkommenskultur und Solidarität leben

Flucht und Migration waren bei uns immer Realität und Teil unserer Geschichte. Auch in Nordhessen tragen politische Entscheidungen, wirtschaftliche Interessen, Rüstungsexporte und der Verbrauch natürlicher Ressourcen dazu bei, dass anderswo Flucht, Umweltzerstörung und Ungleichheit zunehmen.
Kommunale Politik trägt Verantwortung, Menschen in Not aufzunehmen und ihre Teilhabe zu sichern. Bei der Unterbringung und Betreuung Geflüchteter müssen die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen, Kinder, Frauen, queeren Personen sowie kulturelle Unterschiede und Lebensrealitäten berücksichtigt und respektiert werden.
Ehrenamtliche Fluchthilfe- und Selbsthilfeorganisationen benötigen dafür finanzielle und organisatorische Unterstützung.

Damit du in Sicherheit leben und neu beginnen kannst:

- **Setzen wir uns für menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten inmitten der Gemeinden statt in abgelegenen Sammelunterkünften ein.**
- **Fordern wir eine stärkere Förderung von Deutschkursen, Traumahilfe und Teilhabeprojekten.**
- **Wollen wir eine Öffentlichkeitskampagne für Solidarität statt Spaltung unter dem Motto „Der Landkreis ist bunt“.**

Gemeinsame Verantwortung gegen Rechten Terror

Die Morde an Halit Yozgat und Dr. Walter Lübcke haben gezeigt, dass rechter Terror auch hier in Nordhessen Realität ist. Aus Worten werden Taten. Antifaschismus ist nicht allein Aufgabe der Polizei oder des Verfassungsschutzes. Wir alle sind gefordert, aktiv zu handeln.

Damit du dich sicher fühlst, auch wenn Hetze und Gewalt zunehmen:

- **Stehen wir für die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt.**
- **Sichern wir die Förderung von partizipativen Strukturen für zivilgesellschaftliches Engagement.**
- **Fordern wir eine bessere Unterstützung von Betroffenen rechter, rassistischer oder diskriminierender Gewalt.**
- **Bringen wir die Einrichtung eines anonymen und niedrigschwelligen Rassismus-Meldesystems, auch digital, auf den Weg.**

Friedenspolitik beginnt vor Ort

Auch wenn militärische Entscheidungen auf Bundesebene getroffen werden, ist Friedenspolitik eine Aufgabe in den Kommunen. Die Mehrheit der Menschen lehnt Auslandseinsätze, Aufrüstung und Rüstungsexporte ab. Trotzdem steigen die Militärausgaben in astronomische Höhen und die aktuelle Politik treibt das weiter voran. Gleichzeitig versucht die Bundeswehr zunehmend durch Werbekampagnen, insbesondere an Schulen, diese Haltung zu verändern.
Wir stehen für eine aktive, antimilitaristische und solidarische Friedenspolitik. Gemeinsam engagieren wir uns mit gesellschaftlichen Bündnissen gegen Krieg, Aufrüstung und Waffenexporte. Daher unterstützen wir auch die Kampagne zur weltweiten Abschaffung von Atomwaffen (ICAN-Städteappell). Gleichzeitig wenden wir uns entschieden gegen jede Form von Militarisierung des öffentlichen Lebens.
Damit öffentliche Mittel dem Frieden dienen, soll der Landkreis eine Zivilklausel einführen, die jede Kooperation mit Rüstungsunternehmen, militärischer Forschung oder Werbung in kreiseigenen Einrichtungen ausschließt. Friedenspolitik im Landkreis bedeutet, Ressourcen in Bildung, Soziales und internationale Verständigung, statt in Rüstung zu investieren.

Damit du Vertrauen in Politik und Verwaltung haben kannst:

- **Fordern wir, dass der Landkreis eine offensive kommunale Friedensstrategie entwickelt und Projekte der zivilen Konfliktlösung und Friedensbildung fördert.**
- **Wollen wir, dass aus Waffenproduktion zivile und nachhaltige Arbeit wird, damit Arbeitsplätze bleiben und Frieden wächst.**
- **Wir wenden uns gegen jede Normalisierung von Militär im Alltag und treten für eine Kultur des Friedens, der Solidarität und der Gewaltfreiheit ein.**
- **Wir sagen klar: Keine Werbung der Bundeswehr in Schulen, Jugendzentren, Arbeitsagenturen oder auf öffentlichen Veranstaltungen. Statt Militärwerbung fordern wir Aufklärung über Frieden und Menschenrechte.**
- **Wollen wir Gemeindepartnerschaften nutzen, um internationale Solidarität von unten zu stärken, durch Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen, Kultur- und Bildungsinitiativen.**
- **Wir werden weiterhin die Initiative „Mayors for Peace“ (Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für den Frieden) unterstützen und rufen alle Gemeinden im Landkreis dazu auf, aktive Friedensbündnisse zu gründen und zu fördern.**
- **Für uns ist klar, der defizitäre Flughafen Kassel-Calden darf nicht militärisch oder sicherheitsindustriell zweckentfremdet werden.**
- **Die Linke steht klar gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und anderer Zwangsdienste.**

Mehr direkte Demokratie vor Ort

Durch die jüngste Überarbeitung der Hessischen Gemeinde- und Landkreisordnung wurden die Möglichkeiten direkter Beteiligung der Menschen vor Ort weiter eingeschränkt. Verantwortlich dafür sind die Regierungsparteien CDU und SPD. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern gibt es in Hessen weder ein Petitionsrecht noch ein Antragsrecht für die Bevölkerung.
Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen hier vor Ort durch Begehren und Entscheide unmittelbaren Einfluss auf kommunale Entscheidungen erhalten. Die Hürden dafür müssen gesenkt werden und Bürgerbegehren dürfen nicht durch juristische Tricks ausgebremst werden. Voraussetzung dafür sind Transparenz in den Entscheidungswegen und echte Informationsfreiheit.

Kontrolle und Transparenz sichern

Auch die gewählten Mitglieder in Gemeinden und im Kreistag brauchen stärkere Kontrollrechte gegenüber Magistraten, Kreisausschüssen und kommunalen Unternehmen.
Geheimhaltungspflichten müssen aufgehoben werden, wenn öffentliche Aufgaben in private Rechtsformen ausgelagert werden. So bleiben Parlamente handlungsfähig und demokratische Kontrolle gewährleistet.

Politische Teilhabe für alle Menschen

Wir setzen uns für die Einbeziehung aller dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen ein, unabhängig von Herkunft oder Staatsangehörigkeit. Deshalb fordern wir ein kommunales Wahlrecht für alle, die hier leben, ab dem 16. Lebensjahr.
Solange es dieses Wahlrecht noch nicht gibt, müssen Ausländerbeiräte gestärkt werden. Sie dürfen nicht durch Integrationskommissionen ersetzt werden. Menschen, die zusammen in einer Gemeinde leben, sollen auch gemeinsam über ihre Zukunft entscheiden.
Dazu gehören Rede- und Antragsrechte für Ausländerbeiräte, Seniorenbeiräte sowie für Kinder- und Jugendforen. Damit Beteiligung gelingt, braucht es ausreichend Unterstützung, Personal und Mittel. Migrantische Selbstorganisationen müssen gleichberechtigt einbezogen werden, Mehrsprachigkeit und lokale Netzwerke sind zu fördern. Verwaltungen sollen sich interkulturell öffnen und sich für alle verständlich ausdrücken, damit sie die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln.

Geschichte lebendig halten

Unsere gemeinsame Geschichte prägt, wie wir heute miteinander leben. Gerade in einer Zeit, in der wieder über Kriegsfähigkeit gesprochen wird und autoritäre Tendenzen zunehmen, ist es wichtig, Erinnerung sichtbar und erfahrbar zu machen.
Wir setzen uns dafür ein, dass Denkmäler im Landkreis besser aufbereitet und zugänglich werden. Sei es durch barrierearme Hinweistafeln, digitale Angebote oder begleitendes Unterrichts- und Informationsmaterial. So können Schulen und Bildungseinrichtungen sie einfacher in ihre Arbeit einbeziehen.
Erinnerung darf nicht verstauben. Wenn Geschichte lebendig bleibt, wächst das Bewusstsein für Frieden, Demokratie und Menschlichkeit.

Demokratie muss zugänglich sein

Demokratie darf niemanden ausschließen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen ihr Wahlrecht vollständig ausüben können, auch diejenigen, die in Heimen leben.
Alle Wahllokale müssen barrierearm erreichbar sein, damit niemand wegen einer Behinderung oder eingeschränkter Mobilität vom Wählen abgehalten wird. Zusätzlich braucht es Informationen in einfacher Sprache, damit alle verstehen können, worüber abgestimmt wird.
Demokratie gelingt nur, wenn alle teilnehmen können, unabhängig von Sprache, Bildung oder Lebenssituation. Damit das gelingt, sollen alle öffentlichen Bekanntmachungen zusätzlich in einer Version in einfacher Sprache zugänglich sein. So wird Demokratie für alle verständlich und erlebbar.

Bürgerhaushalte stärken

Demokratie lebt davon, dass Menschen über ihr Zusammenleben selbst entscheiden können. Dazu gehört, dass sie nicht nur wählen, sondern auch über konkrete Fragen mitbestimmen können.
Ein gutes Instrument dafür sind Bürgerhaushalte, mit denen Menschen direkt über Teile des kommunalen Haushalts entscheiden können. Wir setzen uns für echte Bürgerhaushalte ein, die nicht als Sparprogramme missbraucht werden dürfen. Entscheidungen der Bevölkerung müssen verbindlich sein und durch umfassende Informationen vorbereitet werden. So könnten die Menschen zum Beispiel selbst über die Abschaffung der Straßenbeiträge entscheiden.

Ein Bürgerhaushalt ist ein Verfahren, bei dem Einwohnerinnen und Einwohner einer Kommune mitentscheiden können, wofür öffentliche Gelder verwendet werden.
Sie können Vorschläge einbringen, Prioritäten setzen und über Projekte abstimmen.
Ziel ist mehr Transparenz, Beteiligung und Mitsprache bei kommunalen Finanzen.

Demokratie jederzeit und in Notlagen sichern

Demokratische Rechte dürfen auch in Krisenzeiten nicht eingeschränkt werden. Sitzungen von Stadtverordnetenversammlungen, Ortsbeiräten oder Ausschüssen dürfen nicht ausgesetzt und die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen werden.
Damit Demokratie auch bei Naturkatastrophen, Gesundheitsgefahren oder Ausfällen von Infrastruktur funktioniert, braucht es klare rechtliche Grundlagen für digitale und hybride Sitzungen. Grundsätzlich müssen öffentliche Sitzungen digital übertragen werden. So bleiben Transparenz, Barrierearmut und Mitbestimmung jederzeit gewährleistet.

Demokratie verteidigen

Demokratie lebt von Vielfalt, Respekt und Solidarität und sie braucht Menschen, die sie verteidigen. Die Ideologien der rechtsextremen AfD, sowie ihre Steigbügelhalter bedrohen auch bei uns spürbar den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
Wir stehen zusammen gegen jede Form von Hass, Rassismus und Ausgrenzung. Demokratische Strukturen und engagierte Zivilgesellschaften müssen gestärkt und geschützt werden.

Unsere Antwort auf Spaltung ist Solidarität! Unsere Stärke ist Vielfalt!